



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Polizei fedpol





Die Schweiz ist keine Insel

Es ist die Geschichte eines Anführers mehrerer krimineller Banden, die auf Erpressung und bewaffnete Überfälle spezialisiert sind. Er treibt sich in ganz Europa herum, um seinen «Geschäften» nachzugehen und sein Geld aus illegalen Aktivitäten zu verstecken. Auch in die Schweiz kommt er, und zwar regelmässig ... Ein europaweites Fahndungsteam, dem auch fedpol angehört, beschattet ihn auf seinen Touren. Es dokumentiert unermüdlich seine Machenschaften, um diese zu vereiteln und die kriminellen Banden, die er anführt, zu zerschlagen.

Es ist die Geschichte eines jungen Schweizer Paares, das sich radikalisiert hat. Der Mann verbringt viel Zeit im Internet, wo er sich vor allem mit einer Gruppe junger Franzosen über sein Interesse am Dschihadismus unterhält. Ein gemeinsames Fahndungsteam Frank-

reich - Schweiz tauscht Informationen aus und beschleunigt so die Ermittlungen – bis zur koordinierten Festnahme von rund einem Dutzend Verdächtigen.

Es ist die Geschichte eines Schweizer Pädokriminellen, der im Internet aufgespürt wird. Dies dank der gemeinsamen Arbeit der amerikanischen und europäischen Polizeien, darunter auch fedpol. Das kantonale Strafverfahren fördert zutage, dass der Beschuldigte wiederholt Minderjährige sexuell missbraucht hat. Er wird verurteilt.

Alles nur Geschichten aus einem Krimi? Nein, sondern nur ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle von Fällen, die wir bei fedpol tagtäglich bearbeiten. Die Kriminalität ist ein Abbild unserer Gesellschaft: vernetzt, mobil, global. Die Schweiz im Herzen Europas ist keine Insel.

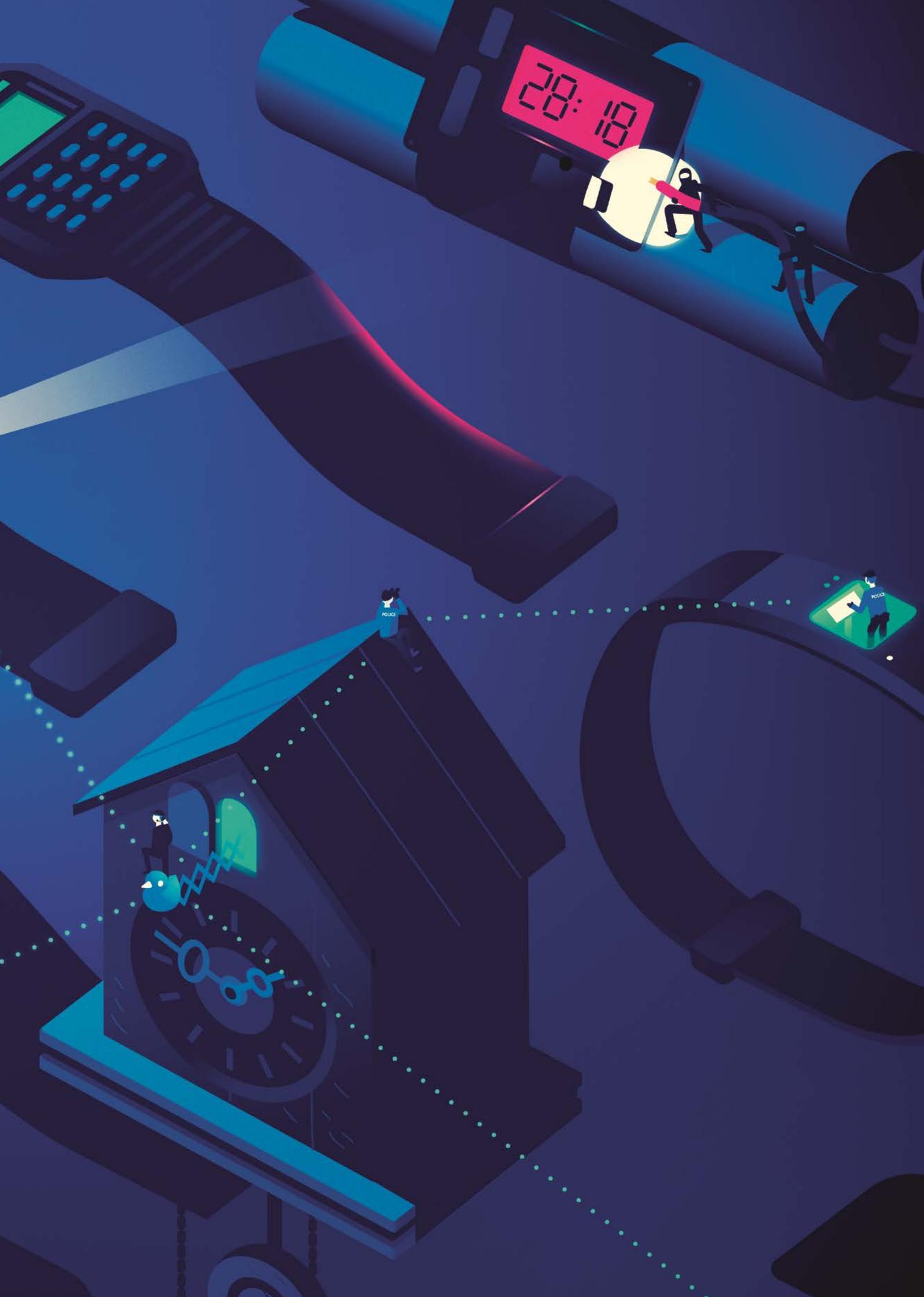
Die neue Ausgabe unseres Jahresberichts führt uns das deutlich vor Augen. Sie lesen darin Geschichten, die alle einen gemeinsamen Nenner haben: die Polizeikooperation. Die Polizeikooperation ist die Grundlage, um den Terrorismus zu bekämpfen. Sie bringt Ermittlerinnen und Ermittler verschiedener Polizeikräfte zusammen und erhöht unsere Schlagkraft. Dank guter Polizeikooperation können kriminelle Banden, kann Menschenhandel und Menschenschmuggel gestoppt werden.

Die Polizeikooperation ist die DNA von fedpol – und unsere effektivste Waffe im Kampf gegen die Kriminalität von heute.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Nicoletta della Valle, Direktorin





Inhalt



Carte blanche für Christoph Frei

Berner, leidenschaftlicher Radfahrer und Hobby-E-Gitarrist. Die Rede ist von Christoph Frei. Ihn haben wir gebeten, den Umschlag und sechs Doppelseiten unseres Jahresberichts nach seinem Gusto zu illustrieren. Einzige Bedingung war das Thema: „Die Schweiz ist keine Insel“. Das Resultat: weder Atolle noch Ozeane. Stattdessen eine dynamische und mobile Schweiz inmitten einer Welt in Bewegung. Eine Schweiz, die das tut, was sie am besten kann: Sie stellt ihre besten Werkzeuge in den Dienst einer bestimmten Sache – der Kooperation. www.chragokyberneticks.ch

6

Globale Bedrohung erfordert globalen Ansatz

Von Prävention bis Repression: Neue Instrumente sollen dafür sorgen, dass der Schweiz im Kampf gegen den Terrorismus niemand mehr durchs Netz fällt.

10

Facetime mit dem Terror

Kriminelle aller Art fühlen sich wohl in der virtuellen Welt und den sozialen Medien. Doch die Polizei ist drauf und dran, es ihnen dort ungemütlich zu machen.

20

Sturmgewehr bleibt in Schweizer Stuben

Der Entwurf zum neuen Waffengesetz ist die schweizerische Antwort auf die EU-Waffenrichtlinie. Eine Übersicht, was sich für Waffenbesitzer ändern soll – und was nicht.

22

Dem Pikett-Offizier auf den Fersen

Kriminalroman war gestern – heute ist Protokoll angesagt. Eintauchen in die Arbeitswoche eines Pikettoffiziers, die ruhig beginnt und turbulent zu Ende geht.

38

Subtile Zeichen der Not

Im universitären Notfallzentrum Bern landen immer wieder Opfer von Menschenhandel. Der Chefarzt über Zivilcourage, Dunkelziffer und eine neue Sensibilisierungskampagne.

42

Smarter Pass

Der Schweizerpass ist ein technologisches Meisterwerk. Eine Marketingtour rund um den kleinen roten Tausendsassa für Reisende.



12

Das Profil gibt es nicht

Ein fedpol-Mitarbeiter stellt in einer neuartigen Studie eine der brennendsten Fragen der Gegenwart: Was sind das für Menschen, die sich dem IS anschliessen?

14

Mehr Effizienz dank Europol

Im Kampf gegen dschihadistischen Terror stellt Europol neue Kompetenzen und Mittel zur Verfügung. Ein konkreter Fall, in dem fedpol davon profitiert.

18

Einkaufsterroristen

Mit Schwimmbadreiniger oder Desinfektionsmittel eine Bombe zu bauen ist zwar illegal; trotzdem wird beides frei verkauft. Wie Vorläuferstoffe entschärft werden sollen.

28

Gemeinsam auf Verbrecherjagd

Auf Zusammenarbeit setzt nicht nur eine französische Bande, sondern auch die Polizei. Dank einem internationalen Projekt von fedpol werden ihre Raubüberfälle vereitelt.

30

Die Anzahl Geldwäschereimeldungen explodiert

Der Vielfältigkeit in der Geldwäscherei scheinen keine Grenzen gesetzt. Dies zeigt ein Blick in den zum Bersten vollen Posteingang der Meldestelle für Geldwäscherei.

34

Hoher Preis für ein neues Leben

Mit Menschen auf der Flucht machen Kriminelle Geld. Die Auswirkungen dieser tragischen Situation zeigen sich auf engstem Raum: im Aufnahmezentrum Muttenz.

44

Höchste Gefährdungsstufe für Xi Jinping

4 Tage, 5 Städte, 500 Leute, unzählige Sicherheitsvorkehrungen: Wenn der chinesische Präsident mit seiner Entourage auf Schweizerreise geht, bedeutet das für fedpol viel Arbeit.

48

fedpol im Zentrum der schweizerischen Polizeiarbeit

Ein Portrait.

***Terrorismus** 2017 baut die Schweiz ihr Arsenal an Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung aus. Anpassungen im Strafgesetzbuch, präventiv-polizeiliche Massnahmen, Nationaler Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus: Unser Land hält an seinem unnachgiebigen Kampf gegen die terroristische Bedrohung fest.*

Globale Bedrohung erfordert globalen Ansatz

Bern, vier Uhr morgens. Einsatzleiter, Ermittlerinnen, Analysten, Observations- und Interventionseinheiten, Verbindungsbeamte – konzentrierte Gesichter, fokussiert auf die anstehende Aufgabe, jeder in seiner Rolle. Der Kontakt zu den französischen Teams steht. In den Kantonen Waadt und Neuenburg stehen die Teams der Bundespolizei und der Kantonspolizeien vor einem gemeinsamen Einsatz: Operation MAJOR kann beginnen.

Im Vorfeld wird monatelange Arbeit geleistet: Von den ausländischen Partnerbehörden erreichen fedpol Hinweise zu einer Gruppe junger Menschen. Ihr Austausch im Internet ist beunruhigend; sie sind begeistert vom «Islamischen Staat». Unter ihnen sind Franzosen und ein Schweizer Bürger. Für fedpol ist dieser kein Unbekannter. Die Waadtländer Staatsanwaltschaft hat ihn vor einigen Jahren wegen häuslicher Gewalt verurteilt. Die Ermittlerinnen und Ermittler fanden Propagandabilder auf seinem Telefon. Anlass für die Bundesanwaltschaft

(BA), ein Strafverfahren zu eröffnen. Informationen der ausländischen Kolleginnen und Kollegen verleihen dem Verfahren neuen Schub. Mit Frankreich wird eine gemeinsame Ermittlungsgruppe gebildet, um den Informationsaustausch zu erleichtern und gegenseitig von den gewonnenen Erkenntnissen zu profitieren.

Geheimer Austausch im Netz

Die jungen Leute tauschen sich über das Internet aus. Und zwar viel. Dieses Bild zeigt sich den Ermittlern in der Terrorismusbekämpfung oft: Man weiss, wie wirksam Dschihadpropaganda ist, wenn sie übers Web kinderleicht allen zugänglich gemacht wird. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Dschihadisten die technologischen Möglichkeiten nutzen, um sich untereinander auszutauschen und ihre Aktionen zu planen. Sie treffen sich in geschlossenen Chats, ihre Mitteilungen sind verschlüsselt. Die Polizei kann sich mit ihren technischen Mitteln keinen Zugang zu diesen Chats verschaffen.

Wer wissen will, was darin ausgetauscht wird, muss Mitglied der betreffenden Gruppe sein. Um aufgenommen zu werden, muss man sich als glaubwürdig erweisen und ein Aufnahmeverfahren durchlaufen, um letztlich das Vertrauen der Drahtzieher zu gewinnen... oder aber man überlistet sie und findet sich als eingeschleuster Polizist unbemerkt inmitten der Gruppe wieder. Das bezeichnet man als verdeckte Fahndung im Internet (siehe Box S. 8). Eine Ermittlungspraxis, die man im Repertoire der Bundespolizei momentan noch vergeblich sucht.

Verstärktes Massnahmendispositiv

Dies ist eine der Lücken, welche die Analyse der bestehenden Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus in der Schweiz aufzeigt. 2017 werden verschiedene Projekte ausgearbeitet, um Lücken wie diese zu schliessen. Der Ende November verabschiedete Nationale Aktionsplan (NAP) zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus



Über den Dächern einer Grossstadt setzt die Dämmerung ein.

zielt auf Prävention und Reintegration. Anpassungen im Strafgesetzbuch (StGB) bezwecken stärkere Instrumente während eines Strafverfahrens.

Das von fedpol erarbeitete Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) versteht sich als Ergänzung zum NAP, wenn dessen Massnahmen nicht ausreichen: Wenn sich eine Person zu radikalieren beginnt, aber nicht genügend Elemente zur Eröffnung eines Strafverfahrens vorliegen, oder nachdem eine radikalisierte Person aus dem Strafvollzug entlassen wurde (siehe Illustration rechts). Die Massnahmen ergänzen sich und werden immer auf den Einzelfall angepasst – in der Hoffnung, die Radikalisierung einzudämmen.

Die polizeiliche Zusammenarbeit – unabdingbar

Für unseren jungen Schweizer kommen diese Massnahmen nicht mehr rechtzeitig. Als die ausländischen Kolleginnen und Kollegen fedpol seine Aktivitäten im Internet melden, nachdem er seine Strafe wegen häuslicher Gewalt verbüsst hat, ist er bereits weitgehend radikalisiert und scheint auch seine Frau entsprechend beeinflusst zu haben.

Dank der polizeilichen Zusammenarbeit können während mehreren Wochen französisch-schweizerische Ermittlungen durchgeführt werden. Sie führen dazu, dass sich die Staatsanwaltschaften beider Länder zur Intervention entschliessen: In einer gemeinsamen Aktion sollen die im Internet aktiven jungen Leute auf beiden Seiten der Grenze gleichzeitig festgenommen werden.

Bei fedpol ist es sechs Uhr morgens, als der französische Verbindungsbeamte, der das Vorgehen seiner Kolleginnen und Kollegen live mitverfolgt, ankündigt: «Erste Verhaftung erfolgreich.» In den nächsten Stunden folgen stetig weitere Verhaftungen. Unser junger Schweizer hält sich bereits in Frankreich auf, als ihn die Polizei festnimmt, während die Teams in Neuenburg seine Frau verhaften. Nach ihrer Anhörung werden die neun Verdächtigen an die zuständigen Staatsanwaltschaften der jeweiligen Länder überstellt. Operation MAJOR ist geglückt.

Die geplanten polizeilichen Massnahmen im Überblick

Die Massnahmen verfolgen einen doppelten Zweck: Zum einen soll eine radikalisierte Person daran gehindert werden, in ein Krisengebiet zu reisen, und zum anderen soll sie von ihrem kriminogenen Umfeld getrennt werden, um so der Radikalisierung entgegenzuwirken und Gefahren abzuwenden.

a) Um die Abreise in ein Konfliktgebiet zu verhindern:

- Einziehung der Reiseausweise und Ausreiseverbot
- Pflicht, sich bei einer bestimmten Behörde zu melden

b) Um die Person vom kriminogenen Umfeld zu trennen:

- Mit einem Rayonverbot (Ein- und Ausgrenzung) wird jemandem verboten, sich während einer bestimmten Zeit in einem Gebiet (Rayon) aufzuhalten. In gravierenden Fällen kann dieses Verbot sogar die Eingrenzung auf eine Liegenschaft umfassen.
- Kontaktverbot: Der betreffenden Person kann der Kontakt zu Leuten untersagt werden, die einen schädlichen Einfluss auf sie ausüben.
- Die verdeckte Registrierung ermöglicht es, Informationen zu Reisebewegungen und zur Identität von Begleitpersonen zu gewinnen. Jedes Mal, wenn die betreffende Person von einem Land in ein anderes reist, wird dies im Schengener Informationssystem (SIS) registriert.

Diese Massnahmen werden ergänzt durch Kontroll- und Umsetzungsmassnahmen, beispielsweise durch Mobilfunklokalisierung und technische Ortungsgeräte wie elektronische Fussfesseln. Die Massnahmen sind verwaltungsrechtlicher (d. h. nicht strafrechtlicher) Natur, zudem sind sie zeitlich begrenzt und die betroffene Person kann sich ans Gericht wenden, wenn sie damit nicht einverstanden ist.

Verdeckte Fahndung

Bekämpfung des Terrorismus ist gleichzeitig Bekämpfung krimineller Organisationen. Alle kriminellen Organisationen, einschliesslich solche terroristischer Natur, nutzen heutzutage das Internet und die sozialen Medien für Propaganda, zur Rekrutierung neuer Mitglieder, zur Planung von Straftaten, zur Erteilung entsprechender Anweisungen und zur Kommunikation.

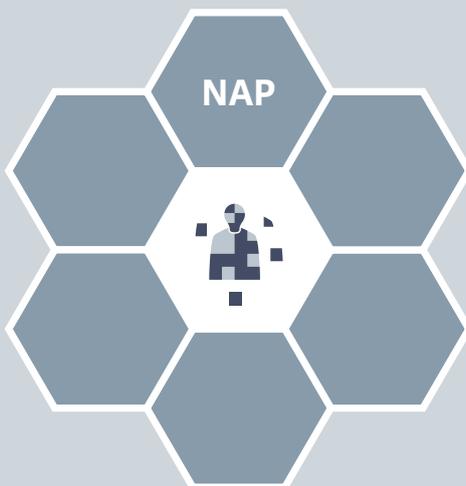
Nachweislich finanzieren sich terroristische Organisationen wie der «Islamische Staat» oder Al-Qaïda durch organisiertes Verbrechen. Um die Netzwerke dieser verbrecherischen Organisationen wie auch deren Vorgehensweise zu verstehen, muss fedpol die erforderlichen, spezifischen Fahndungsmittel einsetzen können – auch ausserhalb eines Strafverfahrens. fedpol muss befugt sein, im Internet und in elektronischen Medien verdeckt fahnden zu können, denn dies sind die bevorzugten Kommunikationskanäle krimineller Organisationen.

Bedrohungsmanagement

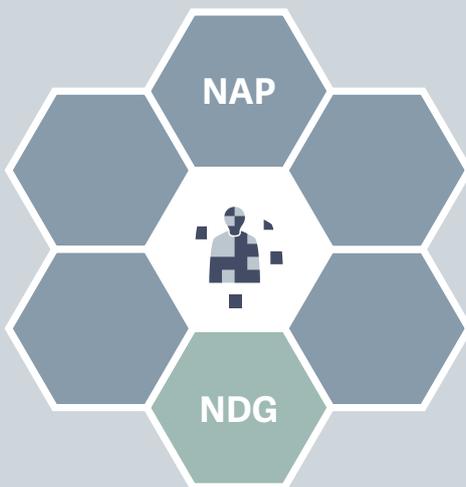
Die Massnahmen werden immer nach Prüfung des Einzelfalls getroffen, und sie ergänzen sich. Ihre Anordnung erfolgt durch fedpol auf Antrag des für den betreffenden Fall zuständigen Kantons.

Migrationsbehörde	NGOs	Psychologischer Dienst	Polizei
Erziehungsbehörde	Sozialbehörde	Etc.	Kantonaler Nachrichtendienst

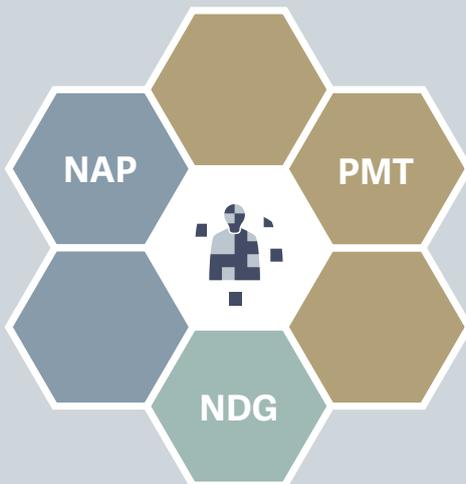
Die meisten Fälle lassen sich mit kantonalen Massnahmen aus dem NAP bewältigen (z. B. psychologische Begleitung oder Integrationsmassnahmen)



Ist die Radikalisierung einer Person weit fortgeschritten, können z. B. präventive Ansprachen durch den kantonalen Nachrichtendienst (KND) vorgenommen werden.



In Fällen, in denen eine terroristische Straftat droht, soll der Person ein bestimmtes Verhalten abverlangt und nötigenfalls mit polizeilichem Zwang durchgesetzt werden.



***Cyber & Crime** Auch Kriminelle bewegen sich in der digitalen Welt. Sie nutzen alle Schlupflöcher, die ihnen das Internet bietet. Was das für die Polizei bedeutet und wie sie sich für diese Herausforderung wappnet.*

Facetime mit dem Terror

«Ich erkläre dir alles, sobald ich zurück bin». Als der junge Schweizer im Facebook Messenger diese Zeilen an seinen alten Freund aus Jugendtagen verfasst, sitzt er in einem türkischen Gefängnis und wartet auf seine Rückkehr in die Schweiz. Ihm wird vorgeworfen, sich nach Syrien absetzen zu wollen, um sich dem «Islamischen Staat» anzuschliessen. Zurück in der Schweiz, wird er verhaftet. Die Ermittler lesen nach seiner Verhaftung nicht nur den Austausch mit seinem Freund, sondern auch die zahlreichen Unterhaltungen, welche er vor seiner Abreise mit anderen Dschihad-sympathisanten geführt hat. Der junge Schweizer ist erst vor kurzem konvertiert und hat sich rasch radikalisiert. Sein treuer Begleiter auf diesem Weg: das Internet.

Digitale Spurensuche

Das Internet generell und die sozialen Medien im Besonderen haben eine Vermittler- und Katalysatorrolle bei der Radikalisierung. Sie werden auch genutzt für die verdeckte Kommunikation. Besonders beliebt sind bei Terroristen verschlüsselte Messengerdienste. Sie machen sich die

End-zu-End-Verschlüsselung zu Nutze, um in einer sicheren Umgebung zu kommunizieren. Auch der Westschweizer, der im November 2017 in Frankreich bei einer koordinierten Aktion verhaftet wird, unterhält sich mit französischen Jugendlichen auf diesem Weg (siehe S. 6). Bei der Hausdurchsuchung werden zwei Laptops, acht Tablets und sieben Smartphones sichergestellt. Die Ermittlerinnen und Ermittler müssen insgesamt 1,5 Terabyte Daten verarbeiten, darunter fast 50'000 Chatnachrichten, rund 450'000 Bilder und 4600 Videos.

Er ist keine Ausnahme: In allen Terrorismusverfahren finden die Ermittler eine Fülle an Informationen. Auf den Smartphones, Tablets und Computern finden sich Propagandavideos, Fotos von Enthauptungen in den Konfliktgebieten, Tausende von Chat-Zeilen in unterschiedlichen Messengerapplikationen.

Die Verschlüsselung und die Datenmenge stellen die Polizei vor verschiedene Herausforderungen. Erstens: In weiten Teilen des Internets ist die Polizei blind. Die verschlüsselten Chats kann fedpol nicht mitlesen. Das soll geändert werden (siehe S. 8).

Zweitens: Die Schnelllebigkeit der Daten. Heute noch wird ein Facebook-Profil geführt, morgen ist es bereits weg. Drittens: Big Data. Polizeiarbeit ist immer auch die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Mit den digitalen Spuren wird der Heuhaufen immer grösser. Viertens: Aufbereitung der Daten für die Strafverfolger. Diese Arbeit ist notwendiger denn je. Die digitalen Spuren gelten heute als eines der wichtigsten Beweismittel in einem Strafverfahren. Big Data auszuwerten ist aufwändig. Kluge Algorithmen helfen der Polizei, die grossen Mengen zu managen (siehe S. 14).

Zusammenarbeit mit Internetunternehmen

Nicht nur in der Beweisführung in einem Strafverfahren spielt das Internet eine wichtige Rolle, sondern auch in der Fahndung. Ein Beispiel: Die amerikanischen Behörden informieren fedpol und ersuchen dringend, die Person hinter einer E-Mail identifizieren zu können. Jemand hat konkrete Drohungen für einen Amoklauf an einer High School ausgesprochen. Der Kontakt von fedpol zum E-Mail-Diensteanbieter verläuft ohne Erfolg. Denn: das Geschäftsmodell des Unterneh-

mens basiert darauf, dass die Logindaten nicht gespeichert werden. Das Unternehmen ist kein Einzelfall. Es gibt zahlreiche Anbieter, welche die Daten der Kunden nicht rekonstruieren können. fedpol sucht das Gespräch zu Internetunternehmen, um Lösungen zu diskutieren und aufzuzeigen, dass der Missbrauch ihrer Dienste zu einem Reputationsrisiko für die Unternehmen und die Schweiz werden kann.

Wir alle bewegen uns im virtuellen Raum und in der realen Welt. Auch die Kriminellen. Wenn Kriminelle in der realen Welt in ein Hotel einchecken, ist das Hotel verpflichtet, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Das Internet darf keine Ausnahme sein. Die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Internetunternehmen hat sich in den vergangenen Jahren intensiviert. Die grossen Player wie Google oder Facebook haben grosse Löschzentren eingerichtet, um strafbaren Inhalt schneller zu entdecken und zu entfernen. Sie behandeln Meldungen der Strafverfolgungsbehörden prioritär. So hat fedpol bei Google den Status als «trusted flagger». 2017 meldet fedpol im Schnitt ein Youtube-Vi-

deo mit dschihadistischer Gewaltpropaganda pro Woche zur Löschung.

Die Anbieter von Internet und Telefonie in der Schweiz sind gesetzlich noch nicht verpflichtet, den Zugang zu strafbaren Internetinhalten zu blockieren. Sie sperren den Zugang zu strafrelevanten Seiten jedoch aufgrund ihrer Firmenethik und den Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese Zusammenarbeit hat sich bei Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten bewährt. 2017 werden auf Antrag von fedpol 1536 Seiten weltweit gesperrt.

Neues Kompetenzzentrum

Die Kriminalität verlagert sich zunehmend in die virtuelle Welt und bedient sich der digitalen Instrumente. Die Polizei muss sich neu ausrichten, um den Herausforderungen gerecht zu werden. fedpol und die Kantone wollen gemeinsam ein Netzwerk von Spezialisten bilden, welche die digitale Kriminalitätsbekämpfung gemeinsam unterstützen, ihre Erfahrungen austauschen und für die fortlaufende Aus- und Weiterbildung sorgen.

fedpol bündelt mit der Reorganisation der Bundeskriminalpolizei seine Fachspezia-

listen in einem Kompetenzzentrum Cyberkriminalität, IT-Forensik und Fernmeldeüberwachung. Damit sind sämtliche Elemente zur Unterstützung der digitalen Kriminalitätsbekämpfung in einer Abteilung vereint. Das nationale Cyberkompetenzzentrum unterstützt die Ermittlungen von fedpol in Strafverfahren des Bundes und auch die Kantone in ihren Ermittlungen, vor allem wenn diese eine nationale oder internationale Dimension haben.

Entscheidend ist, die Bekämpfung der Cyberkriminalität jedoch nicht nur den Spezialisten zu überlassen. Jede Polizistin und jeder Polizist muss über ein Basiswissen im Umgang mit digitalen Geräten verfügen. Aus diesem Grund hat die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) gemeinsam mit fedpol eine Ausbildungs offensive lanciert. 2018 werden unter anderem für alle Polizeien Onlineschulungen durch das Schweizerische Polizei-Institut (SPI) angeboten. Auch die Ermittlerinnen und Ermittler von fedpol werden geschult.

Terrorismus Ein Analyst von fedpol beleuchtet erstmals in einer Studie den Radikalisierungsprozess von zehn Schweizer Dschihadistinnen und Dschihadisten. Fazit: Es gibt kein typisches Profil, aber einige Gemeinsamkeiten.

Das Profil gibt es nicht

Einreiseverbote

128

Verfügungen
im Jahr 2016

150

Verfügungen
im Jahr 2017

36

Fälle, die Ende 2017 noch
nicht abgeschlossen sind

Zunehmende Anzahl Ausweisungen

Bei ausländischen Staatsangehörigen, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen und sich in der Schweiz aufhalten, kann fedpol die

Ausweisung anordnen. Befinden sie sich im Ausland, kann gegen sie ein Einreiseverbot verhängt werden.

Mit dem Anstieg der dschihadistischen Bedrohung nutzt fedpol

die vorhandenen Möglichkeiten konsequent. Im Jahr 2017 werden im Zusammenhang mit Dschihadismus 13 Ausweisungen und 58 Einreiseverbote verhängt.

Die Terrorismusbekämpfung wäre einfach, wenn man potenzielle Dschihadistinnen und Dschihadisten anhand eines typischen Profils sicher identifizieren und entsprechende Massnahmen ergreifen könnte. Doch die Realität gestaltet sich wesentlich komplexer.

Dies beweist auch die Studie eines Analysten von fedpol, der Antworten auf die Frage nach dem «Phantombild» einer Dschihadistin oder eines Dschihadisten sucht. Als Grundlage dafür dienen zehn Strafverfahren der Bundesanwaltschaft. Tausende Seiten aus Berichten und Protokollen werden sorgfältig unter die Lupe genommen, analysiert und interpretiert. Der Fokus liegt stets darauf, das Profil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mutmasslich den «Islamischen Staat» unterstützen, besser zu verstehen.

Ein komplexes Gesamtbild

In der Studie kommt erstmalig ein Ansatz zum Zug, der Kriterien aus mehreren Disziplinen miteinbezieht. So wird die Analyse der Biographie mit Erkenntnissen zu psychologischen, ideologischen und religiösen Hintergründen der Person ergänzt.

Auch die Weltanschauung, politische Ansichten und sozioökonomische Daten fließen mit ein und bringen ein Gesamtbild hervor. Es gibt zahlreiche Faktoren, welche die Radikalisierung einer Person beeinflussen oder auslösen können. Der multidisziplinäre Ansatz trägt der Komplexität Rechnung und vermag detaillierte Ergebnisse zu liefern.

Reaktion auf Perspektivlosigkeit

Zunächst lautet das Fazit: Es gibt kein typisches Profil. Die in der Studie erfassten Dschihadistinnen und Dschihadisten gehören verschiedenen Altersklassen an. Ihre Werdegänge verlaufen unterschiedlich und sie stammen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Klassen. Unter ihnen finden sich Schweizerinnen und Schweizer, Ausländerinnen und Ausländer. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten. So verläuft die

berufliche Laufbahn häufig problematisch: Schwierigkeiten in der Schule, abgebrochene Berufslehren oder zahlreiche Stellenverluste prägen das Bild. Die Integration in die Berufswelt verläuft harzig, die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, ist wenig ausgeprägt. Den Personen mangelt es oft an Perspektiven, sozialer Aufstieg scheint in weiter Ferne.

Sie sehen die Welt mit kritischen Augen und proben den Aufstand. Sie sind «dagegen» – gegen westliche Werte, gegen Autorität, gegen Normen, gegen die vorherrschende Weltordnung.

Kleinkriminelle Vergangenheit

Aus der Studie geht hervor, dass Dschihadistinnen und Dschihadisten häufig kleinkriminelle Delikte auf dem Kerbholz haben. Strafregister-einträge, Schulden, Betreibungsverfahren – vieles hat sich über die Jahre angehäuft. Sie fallen auch durch aggressives Verhalten und eine von Gewalt geprägte Vergangenheit auf.

Bei diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich nicht mit der Gesellschaft identifizieren, fällt die dschihadistische Propaganda auf fruchtbaren Boden. Sie fragen sich: Sind das die wahren Werte? Ist dort vielleicht mein Platz auf dieser Welt? Kann ich so der Gegenwart entfliehen? Komme ich auch endlich zu Ruhm und Ehre? Steht mir gar eine Zukunft als Held bevor?

Toxisches Umfeld

Die Studie legt offen: Niemand radikalisiert sich alleine zu Hause vor dem Bildschirm. Das Internet beschleunigt und verstärkt zwar die Radikalisierung. Reale Kontakte haben aber den weitaus grösseren Einfluss. Das Umfeld gehört somit zu den zentralen Faktoren für die Radikalisierung.

Diese Erkenntnisse verdeutlichen, wie sehr es den Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus und präventiv-polizeiliche Massnahmen (siehe S. 8) braucht.

Denn je früher die Radikalisierung erkannt wird, desto eher gelingt auch die berufliche und gesellschaftliche Integration. Schädliche Einflüsse des Umfelds werden unterbunden. Die Massnahmen des NAP und die polizeilichen Massnahmen werden individuell auf den Fall zugeschnitten. Der Ansatz dabei ist multidisziplinär.

Ausweisungen

1

Verfügung im Jahr 2016

13

Verfügungen im Jahr 2017

31

Fälle, die Ende 2017 noch nicht abgeschlossen sind

Terrorismus *Trotz fehlendem Vollzugsauftrag unterstützt Europol die Polizeien in Europa bei der Terrorismusbekämpfung entscheidend. Vom Know-how, den Kanälen zum Informationsaustausch und zusätzlichen Analysemöglichkeiten profitiert auch fedpol.*

Mehr Effizienz dank Europol

An diesem Novembermorgen wartet ein Spezialteam in der Einsatzzentrale von fedpol geduldig auf das Ende der Operation MAJOR (vgl. S. 6). Um dann selbst in Aktion zu treten. Es ist das Emergency Response Team von Europol (ERT), das im Auftrag der Bundesanwaltschaft angereist ist und die laufenden Ermittlungen auf analytischer Ebene unterstützen soll. Die Mission: Am Wohnort der Verdächtigen beschlagnahmte Computer, Smartphones und andere elektronische Geräte untersuchen.

Als das Material bei fedpol eintrifft, macht sich das hoch spezialisierte Team zusammen mit den Analysten von fedpol an die Arbeit. Die digitalen Inhalte werden unter die Lupe genommen. Dank direktem Zugriff auf die Datenbanken von Europol stellt das Team für die laufende Ermittlung innert kürzester Zeit nützliche Informationen zur Verfügung.

Dieses Team ist Teil des European Counter Terrorist Center (ECTC) von

Europol, das im Januar 2016 seinen Betrieb aufgenommen hat. Auch fedpol beteiligt sich daran. Ein erstes Konzept für das Zentrum wurde nach den Anschlägen von Paris im November 2015 erarbeitet. Das Beziehungsnetz zwischen den einzelnen Tätern verdeutlichte, wie wichtig ein internationaler Informationsaustausch bei der Terrorismusbekämpfung ist. Ziel des ECTC ist es, die europäischen Polizeien mit Know-how und Analysekapazitäten tatkräftig zu unterstützen.

Datensammlung von enormer Grösse

Bei einer Ermittlung können sich grosse Datenmengen ansammeln. Das ECTC verfügt über enorm leistungsfähige Instrumente, die innert kürzester Zeit Verbindungen zwischen den verschiedenen Informationen aufzeigen können: Wer hat welche Fahrzeuge, Telefonnummern oder Internet-Chats genutzt? Wer steht mit wem in Kontakt? Über welche Kanäle? Zu

diesem Zweck stehen dem ECTC Tausende von Daten zur Verfügung, die ihm von den europäischen Polizeien übermittelt werden. Zu grossen Teilen stammt das Material aus den Ermittlungen rund um die Anschläge in Frankreich und Belgien. Die zuständigen Behörden stellten dabei mehrere Terabytes an Daten sicher. Die von allen anderen europäischen Polizeikräften gelieferten Informationen, einschliesslich jene der Schweiz, ergänzen diese Sammlung.

Analyse offen zugänglicher Quellen

Auch die Analyse offen zugänglicher Quellen gehört zum Spezialgebiet des ECTC. Seit Jahren sammelt und speichert Europol konsequent Inhalte dschihadistischer Online-Propagandaseiten. Mit ganz konkretem Nutzen: Das ERT-Team vergleicht die Websites, Fotos und Propagandavideos auf den beschlagnahmten Computern oder Telefonen mit den von Europol-Experten gesammelten und evaluierten Inhalten. Der



Verbindungsbeamte bilden das Herz von Europol

Die Schlagkraft von Europol hängt entscheidend von der Qualität der dortigen Experten ab. Die Qualität und die Quantität der von den europäischen Polizeien gelieferten Daten spielen aber ebenfalls eine wichtige Rolle. Auf Terrorismusbekämpfung spezialisierte Verbindungsbeamte aus 16 am ECTC beteiligten Ländern stehen bei Europol vor Ort im Einsatz, so auch ein Mitarbeiter von fedpol. Ihre Rolle ist von zentraler Bedeutung: Sie stellen die Verbindung zu den laufenden Fällen in ihren Ländern sicher, sie empfehlen den Ermittlern, die Daten und Erkenntnisse an Europol weiterzuleiten, sie erläutern den einheimischen Polizeikräften die Vorzüge der ECTC-Dienstleistungen, sie sind es schliesslich, die die Anträge auf Unterstützung und Zusammenarbeit koordinieren. Diese Verbindungsbeamten geniessen das Vertrauen ihrer Polizeien und sie ermöglichen einen beschleunigten direkten Informationsaustausch mit Europol. Ein Beispiel: Bei einem Anschlag wird umgehend eine Sitzung aller Verbindungsbeamten einberufen. An dieser leitet die zuständige Person des betroffenen Landes, die mit den dortigen Behörden in Kontakt steht, Informationen weiter. Diese wiederum ermöglichen es den übrigen Verbindungsbeamten, sogleich Vernetzungen mit ihrem eigenen Land zu suchen und zu melden. Die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa wird so wesentlich gestärkt.

Abgleich erfolgt automatisch und liefert innert weniger Minuten Ergebnisse: Anzahl der besuchten Propaganda-Websites, Anzahl der heruntergeladenen dschihadistischen Propagandavideos usw. Ohne dieses Instrument müsste jedes einzelne Foto, jedes Video, jede Website manuell geprüft und analysiert werden. Für die Schweizer Ermittler bedeuten die Vorarbeit und das Fachwissen von Europol einen beträchtlichen Zeitgewinn.

Im Operationszentrum von fedpol weiss das ERT-Team seine Instrumente gut zu nutzen: Es wird nach Verbindungen mit anderen Dschihadisten gesucht, die den Polizeien Europas bekannt sind. Die Analysten visualisieren die festgestellten Daten, um die Ermittler auf die richtige Fährte zu führen. Die Propagandainhalte der Computer und Telefone werden mit den Datenbanken von Europol abgeglichen und

so ausgewertet. Letztlich übergibt das ERT-Team seine Erkenntnisse an fedpol. Die detaillierten Berichte können bei Gerichtsverfahren als Beweismaterial verwendet werden.

Mehr Effizienz, mehr Schlagkraft

Europol stellt auch für die Analyse von Kapitalflüssen wertvolle Instrumente zur Verfügung. Als Folge davon kommen zahlreiche Fälle von Terrorismusfinanzierung in Europa ans Licht – auch in der Schweiz, wo die Verfahren noch im Gange sind.

Für fedpol ist die Unterstützung durch das ECTC von entscheidender Bedeutung: mehr Effizienz, raschere Ergebnisse, mehr Schlagkraft. fedpol ist das Herzstück der nationalen und internationalen Polizei-Zusammenarbeit, Europol ein unverzichtbarer Partner.





Vorläuferstoffe für Explosivstoffe Auch 2017 ist Europa Schauplatz terroristischer Anschläge. Manchester, London, St. Petersburg: Terroristen bauen ihre eigenen Bomben aus Substanzen, die in gängigen Alltagsprodukten enthalten sind. In der Schweiz sind Produkte mit solchen Vorläuferstoffen frei erhältlich. In seiner Strategie zur Terrorismusbekämpfung schlägt der Bundesrat eine pragmatische Regulierung vor, damit die Schweiz nicht zum Selbstbedienungsladen für Terroristen wird.

Einkaufsterroristen

Nichts verdeutlicht die Gewalt der terroristischen Anschläge in Europa so sehr wie die verschiedenen, von Panik und Schrecken geprägten Augenzeugenberichte aus dem letzten Jahr. Etwas haben sie alle gemeinsam: Die Explosionen wurden durch selbst gebaute Bomben ausgelöst. Am 3. April 2017 tötete ein solcher Sprengsatz, der mit Schrauben präpariert war, elf Menschen in der St. Petersburger U-Bahn. Auch der Täter von Manchester trug eine improvisierte Bombe bei sich. Am 22. Mai 2017 fielen dem Anschlag 22 Menschen zum Opfer, rund 60 wurden verletzt. In der Londoner U-Bahn explodierte am 15. September 2017 ein weisser Eimer, der Sprengkörper Marke Eigenbau war versteckt in einem weissen Plastiksack deponiert worden. 29 Personen wurden leicht verletzt. Mit einer höheren Konzentration an Vorläuferstoffen hätte der Bombenbauer weit mehr Menschen verletzen und grössere Schäden anrichten können.

Bis anhin verschont geblieben, droht der Schweiz ein anderes, konkretes Risiko: Hier können sich die Terroristen mit Baumaterialien eindecken. Die Schweiz ist das einzige Land im Herzen Europas, in dem Substanzen, die sich zum Bombenbau verwenden lassen, noch immer uneingeschränkt erworben werden können. Die Europäische Union (EU) reglementiert seit 2014 den Vertrieb und die Verwendung solcher Vorläuferstoffe über eine Verordnung, um das Missbrauchsrisiko durch Privatpersonen einzudämmen. Um die Situation in der Schweiz zu verändern und als Reaktion auf die derzeitige Bedrohung durch Terroristen hat der Bundesrat beschlossen, den Vertrieb von Vorläuferstoffen für Explosivstoffe an Privatpersonen zu regulieren, die wirtschaftlichen Akteure in den betroffenen Branchen für das Missbrauchsrisiko zu sensibilisieren und sie aufzufordern, Verdachtsfälle zu melden. Im Gesetzesentwurf ist eine

Regelung vorgesehen, die den Zugang von Privaten zu diesen Substanzen einschränkt.

Alle Zutaten für einen Sprengstoffgürtel

Seit dem 1. September 2016 können verdächtige Vorfälle wie Käufe, Verluste oder Diebstähle von solchen Substanzen fedpol gemeldet werden. Diese Möglichkeit besteht auf freiwilliger Basis. Grundsätzlich kann jede Person Meldung erstatten; in erster Linie geht es aber um die betroffenen Branchen, wie etwa Apotheken, in denen der Direktverkauf solcher Produkte an Private stattfindet. Dasselbe gilt für Fachmärkte, deren Produkte (etwa Reinigungsprodukte für Schwimmbäder) Vorläuferstoffe in hoher Konzentration enthalten, Landwirte (bestimmte Düngemittel lassen sich im Bombenbau verwenden) und die Partner von fedpol (Kantonspolizeien, Eidgenössische Zollverwaltung, ausländische Partner usw.).

Die Sensibilisierungsmassnahmen zeigen erste Ergebnisse: Es werden insgesamt



«Als sich die Explosion ereignete, fuhr ich in der U-Bahn auf der blauen Linie in Richtung Haltestelle Newski-Prospekt. Plötzlich blieb der Zug stehen. Die Menschen um mich herum begriffen nicht, was los war. Man sagte uns, dass alle Ausgänge blockiert seien. [...] Die Leute waren in Panik»,

berichtet Ekaterina auf Sputniknews am 3 April 2017. Soeben war es in der U-Bahn von St. Petersburg zu einer Gasexplosion gekommen.



«Alle strömten zum Ausgang, da hörten wir einen enormen Knall. [...] Es war völlig surreal, wie im Film. Blutüberströmte Menschen. Alle versuchten, so schnell wie möglich aus dem Saal zu entkommen; manche Leute prallten gegen die Wände. Es war fürchterlich»,

erzählt Josh, ein Fan der Sängerin Ariana Grande, der BBC am Ausgang des Konzertgeländes in Manchester am 22. Mai 2017.



Robyn war gerade beim U-Bahn-Eingang angekommen, als sie die Flüchtenden sah. «Ich betrat den Eingang, auf dem Boden war Blut, und überall stürzten Leute zu den Treppen. Sie schrien «Raus hier!»,

so Robyns Augenzeugenbericht auf BBC am 15. September 2017. Die Haltestelle Parsons Green in London war soeben Ziel eines Anschlags geworden.

37 Fälle gemeldet, von denen sich aber keiner als problematisch erweist. So wird fedpol zum Beispiel im Mai 2017 von einer Apotheke über einen Onlinekauf informiert. Der in der Schweiz wohnhafte Käufer hat übers Internet Salzsäure, Aceton und Wasserstoffperoxid bestellt. Der Umfang der Bestellung hinterlässt einen verdächtigen Eindruck, da sich mit diesen Stoffen rund ein bis zwei Kilogramm TATP herstellen liessen. Dies entspricht der benötigten Menge für einen Sprengstoffgürtel, wie er bei den Anschlägen von Paris verwendet wurde. Umgehend überprüft fedpol die Identität des Käufers in verschiedenen polizeilichen Datenbanken sowie bei Europol. Die betreffende Person ist nicht erfasst. fedpol nimmt Kontakt auf mit der Polizei des Wohnsitzkantons, um die Gründe für den Kauf in Erfahrung zu bringen. In diesem

konkreten Fall kann die betroffene Person nachweisen, dass sie die Stoffe für ihre Arbeit benötigt. fedpol gibt Entwarnung.

Pragmatische Regulierung

Der erwähnte Gesetzesentwurf zielt darauf ab, Privaten den Zugang zu diesen Stoffen zu erschweren. Die Konzentration an Vorläuferstoffen in den einzelnen Produkten bestimmt, welche Massnahme getroffen wird. Für geringe Konzentrationen sind keine Einschränkungen vorgesehen. Bei der Abgabe von Produkten mit höheren Konzentrationen müssen der Käufer und das Produkt registriert werden. Hochkonzentrierte Produkte können nur mit einer entsprechenden Bewilligung von fedpol erworben werden. Insgesamt werden geschätzt rund hundert Produkte von der Vorschrift betroffen sein.

Einmaleins der Vorläuferstoffe

Vorläuferstoffe für Explosivstoffe sind chemische Substanzen, die in Alltagsprodukten vorkommen und dazu dienen können, Bomben zu bauen. Wasserstoffperoxid wird zum Beispiel bei der Desinfektion von Schwimmbädern eingesetzt. Mischt man Wasserstoffperoxid mit Aceton, kann man Acetonperoxid (TATP) herstellen. Dieser Stoff ist auch als «Mutter des Satans» bekannt. Bei den Anschlägen von Paris am 13. November 2015 wurde er in Sprengstoffgürteln eingesetzt. Später hat die für die Anschläge von Barcelona verantwortliche dschihadistische Zelle 500 Liter Aceton gekauft, um TATP-Bomben zu bauen.

Waffenrecht Die Europäische Union verabschiedet am 14. März 2017 eine neue Anpassung der Waffenrichtlinie. Im Fokus stehen halbautomatische Waffen. Die Gefährlichkeit dieser Waffen besteht darin, dass mit ihnen ohne Nachladen mehrere Schüsse hintereinander abgegeben werden können. Der Zugang zu solchen Waffen soll daher eingeschränkt und der Informationsaustausch zwischen den Schengen-Ländern verbessert werden.

Sturmgewehr bleibt in Schweizer Stuben

Was heute gilt – und künftig auch so bleibt

- ▶ Mindestalter 18 Jahre
- ▶ Keine Einträge im Strafregister wegen gewalttätiger und gemeingefährlicher Handlungen oder wegen wiederholt begangener Verbrechen oder Vergehen.
- ▶ Keine Waffe bei psychischen Problemen: Wer eine Waffe erwerben will, darf nicht zur Annahme Anlass geben, dass er sich selbst oder Dritte mit der Waffe gefährdet. Bei Anzeichen von Dritt- oder Selbstgefährdung wird eine Waffe eingezogen bzw. kein Waffenerwerbsschein ausgestellt. Personen, die dem Amts- oder Berufsgeheimnis, unterstehen, z. B. Ärzte, dürfen Meldungen an die Polizei erstatten.

Kategorien von Waffen



Meldepflichtige Waffen:

Schriftlicher Vertrag mit Angaben zu Verkäufer/Käufer & Waffe

Beispiele:
Kaninentöter, Soft-Air-Waffen, einschüssige Jagdgewehre



Bewilligungspflichtige Waffen:

Gesuch bei kantonalem Waffenbüro für Waffenerwerbsschein

Beispiele:
Pistolen, Revolver, Ordonnanzwaffen



Verbotene Waffen:

Erwerb mittels kantonaler Ausnahmegenehmigung mit spezieller Begründung

Beispiele:
Seriefirewaffen, Panzerfaust, Schmetterlingsmesser

Was ändert sich mit der EU-Waffenrichtlinie?

Neu in der Kategorie der verbotenen Waffen



Automatische Feuerwaffen, die zu halbautomatischen Handfeuerwaffen umgebaut worden sind (z. B. Schweizer Ordonnanzwaffe)



Halbautomatische Handfeuerwaffen, mit denen ohne Nachladen mehr als 10 Schüsse abgegeben werden können (z. B. die zivile Version der Ordonnanzwaffe)



Halbautomatische Faustfeuerwaffen, mit denen ohne Nachladen mehr als 20 Schüsse abgegeben werden können (z. B. Pistole mit grossem Magazin)



Halbautomatische Handfeuerwaffen mit Klapp- oder Teleskopschaft

Ausnahmen für

► Schützen

Bedingungen:

Entweder Mitglied eines Schützenvereins oder
Bestätigung des regelmässigen Schiessens
Nachweis nach 5 und 10 Jahren zu erneuern

► Sammler und Museen

Bedingungen:

Sichere Aufbewahrung der Waffen
Liste der Waffen führen

Aktuelle Besitzer der neu verbotenen Waffen

- Rechtmässigen Besitz innerhalb von drei Jahren beim kantonalen Waffenbüro bestätigen
- Ausnahme: Waffe bereits in einem Verzeichnis oder direkt von der Armee (Ordonnanzwaffe)

Änderungen für Händlerinnen und Händler

- Markierungspflicht: Sämtliche wesentlichen Bestandteile von Feuerwaffen müssen künftig markiert werden.
- Meldepflicht: Sämtliche Transaktionen im Zusammenhang mit Feuerwaffen oder wesentlichen Bestandteilen müssen den kantonalen Behörden gemeldet werden.

Verbesserter Informationsaustausch im Schengenraum

- Um den Missbrauch von Waffen zu verhindern, soll die Ablehnung einer Erwerbs- und Ausnahmegewilligung für Feuerwaffen auf Anfrage eines Schengenstaats mitgeteilt werden.

Was ändert sich nicht?

- **Übernahme der Armeewaffe:** Wer die Ordonnanzwaffe nach Beendigung des Militärdienstes behalten möchte, kann das auch weiterhin tun. Dafür sorgt die Ausnahmeregelung, welche die Schweiz in Brüssel ausgehandelt hat.
- **Kein zentrales Waffenregister:** Sämtliche kantonalen Waffenregister sind seit Juni 2016 untereinander mittels einer Plattform verbunden, was den Informationsaustausch zwischen den Kantonen und fedpol wesentlich vereinfacht.
 - Es werden **keine medizinischen und psychologischen Tests** eingeführt.
- **Kein Vereinszwang:** Interessierte Personen können in einem Schützenverein oder einem privaten Schiesskeller den Schiesssport kennenlernen. Schützenverbände organisieren immer wieder Tage der offenen Tür, an denen interessierte Menschen teilnehmen können. In privaten Schiesskellern werden Kurse angeboten, deren Besuch ohne Vereinsbeitritt möglich ist.
 - **Keine Auswirkungen auf Jäger:** Für die Jagd sind bereits heute keine halbautomatischen Feuerwaffen mit derartigen Magazinen zugelassen.

Polizeizusammenarbeit Kriminalität macht nicht Halt an der Kantons- oder Schweizer Grenze. Erfolgreiche Polizeiarbeit bedingt deshalb einen ständigen Informationsaustausch – national und international. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit und dabei auch operativ im Einsatz: fedpol. Eine Woche unterwegs mit einem Pikett-Offizier.

Dem Pikett-Offizier auf den Fersen

→ **Via CCPD an alle Partner**
Auch die von fedpol geführten Polizei- und Zollkooperationszentren (CCPD) in Chiaso und Genf-Cointrin sind Instrumente der bilateralen Zusammenarbeit. Sie erleichtern und beschleunigen die grenzüberschreitende Polizei- und Zollzusammenarbeit mit Italien und Frankreich. Die CCPD unterstützen den Austausch von Informationen und tragen dazu bei, dass alle regionalen Partner (Kantonspolizeien, Grenzwachtkorps sowie die italienischen und französischen Polizeistellen) über wichtige Einsätze benachrichtigt sind. Sie koordinieren zudem gemeinsame Überwachungsmassnahmen im Grenzgebiet und übernehmen grenzüberschreitende Einsätze.

Montag,

8.30 Uhr: Pikettübergaberapport in der Einsatzzentrale von fedpol. Der Pikett-Offizier tritt seinen Dienst an und übernimmt von der abtretenden Kollegin die Geschäfte. Lage national? Lage international? Das Einsatzteam lässt die vergangene Woche Revue passieren und bespricht die bevorstehenden Ereignisse. Welche Massnahmen wurden getroffen? Worauf ist besonders zu achten? Was läuft in den Medien?

Die Woche beginnt vergleichsweise ruhig. Bombenfund in Potsdam – die bisherigen Ermittlungen ergeben keinen terroristischen Hintergrund. Weiter wurde ein → **Sattelschlepper mit explosivem Kohlenwasserstoff** gestohlen. Zwar ist der Lastwagen bisher nicht in der Schweiz aufgetaucht, doch der Pikett-Offizier wird den Fall genau beobachten.

Nach dem Rapport übernimmt er den Dienstwagen-schlüssel. Die kommenden sieben Tage wird er rund um die Uhr verfügbar sein und ab sofort in ständigem Kontakt stehen mit der Einsatzzentrale fedpol – zentrale Drehscheibe für den polizeilichen Informationsaustausch im In- und Ausland. Er wird die Lage laufend beurteilen, die Zusammenarbeit beteiligter Stellen organisieren, sich mit Partnerbehörden absprechen, Entscheidungen treffen, für allfällige Einsätze Ressourcen bereitstellen und die notwendigen Massnahmen einleiten.

Dienstag,

14.20 Uhr: In der Einsatzzentrale trifft eine Nachricht von Interpol Rom ein. Die Italiener bitten fedpol sowie → **Interpol** Wiesbaden und Wien um die Berechtigung für eine → **grenzüberschreitende Observation**. Zwei Personen, gegen die wegen Geldwäscherei und organisierter Kriminalität ermittelt wird, sind offenbar auf dem Weg von Italien nach Deutschland. Sie werden dazu durch die Schweiz oder allenfalls über die Brenner-Route durch Österreich reisen. Zwei italienische Polizisten sind dem Paar auf den Fersen. Rom übermittelt auch Automarke und Kennzeichen.

Der Pikett-Offizier spricht sich ab mit einem Mitarbeiter der Einsatzzentrale und erteilt den italienischen Kollegen die Bewilligung, dass die gewünschte Observation auf Schweizer Gebiet durchgeführt werden kann. Er informiert das → **Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Chiasso (CCPD)** und die fedpol-Observationseinheit.

Mittwoch,

17.01 Uhr: fedpol liegen beunruhigende WhatsApp-Nachrichten vor. Ein Mann, der bis vor kurzem für ein grosses Schweizer Unternehmen tätig war, hat diffuse Drohungen geäussert. Es ist unklar, ob er sich selber oder andere gefährden will. Die zuständige Kantonspolizei nimmt die Drohungen ernst. Um sie

→ **Interpol – weltweit**

Interpol ermöglicht den weltweiten kriminalpolizeilichen Informationsaustausch – rund um die Uhr. Als Nationales Zentralbüro von Interpol kommuniziert fedpol direkt und in Sekundenschnelle mit allen Mitgliedstaaten. Via Interpol können nicht nur Informationen zu Straftätern sowie vermissten Personen oder Warnungen, sondern auch Fingerabdrücke oder DNA-Profile übermittelt werden. fedpol hat Zugriff auf alle Interpol-Datenbanken.

→ **Proaktiv Anschläge verhindern**

Terroranschläge können mit geringen Mitteln und fast ohne Planung durchgeführt werden. Bei mehreren Anschlägen in Europa fuhren die Täter mit Autos oder Lastwagen in Menschen. Immer häufiger werden Camions mitsamt ihrer Fracht gestohlen. Was haben die Täter damit im Sinn? Hier schaut die Polizei genau hin, denn in jedem dieser Fälle besteht die Gefahr, dass das Fahrzeug und seine Ladung für einen Terroranschlag missbraucht werden könnten. Auch in der Schweiz.

→ **Observieren beim Nachbarn**

Das Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden hat zum Ziel, die grenzüberschreitende Kriminalität, insbesondere in der Nähe der gemeinsamen Grenze im Wallis, Tessin und Graubünden, zu bekämpfen. Es ermächtigt beide Staaten, verdächtige Personen im Hoheitsgebiet des Vertragspartners zu observieren. Dazu hat der antragstellende Staat die Zustimmung der Polizeibehörde des Nachbarstaates einzuholen. Ähnliche bilaterale Abkommen hat die Schweiz auch mit Frankreich, Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein.



Europol – europaweit

Die Schweiz arbeitet eng mit europäischen Partnern und mit Europol zusammen. fedpol hat drei Verbindungsbeamte bei Europol stationiert und arbeitet in zahlreichen Arbeitsgruppen und Projekten mit, insbesondere in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Cyberkriminalität, Menschenschmuggel und Menschenhandel. (siehe auch S. 14 «Mehr Effizienz dank Europol»).

verifizieren zu können, muss der Mann – er ist französischer Staatsbürger – einvernommen werden. Da er sich offensichtlich in Spanien befindet, informiert die Kapo fedpol über den Fall. Der Pikett-Offizier leitet umgehend Ermittlungen ein und informiert via → **Europol** die spanischen und französischen Behörden.

Die Spanier schreiben den Mann europaweit aus. Der Pikett-Offizier spricht sich ab mit dem Verbindungsbeamten von fedpol bei Europol, benachrichtigt die Kantonspolizei und stellt die Erreichbarkeit aller wichtigen Pikett-Verantwortlichen über Nacht sicher.

Donnerstag,

14.35 Uhr: An der Loge von fedpol meldet sich ein besorgter Vater. Seine Kinder haben sich offenbar radikalisiert und er ist quer durch die Schweiz gereist, um dies der Bundespolizei mitzuteilen. Die Anhörung ergibt keinen Verdacht auf eine Straftat. fedpol informiert den Nachrichtendienst des Bundes (NDB).

Samstag,

19.27 Uhr: Eine unbekannt Person hat am Vortag am Empfang einer Organisation einen mit Blut geschriebenen Brief abgegeben. Um herauszufinden, ob das Blut von einer seit zwei Wochen als vermisst gemeldeten Person stammt, benötigt die zuständige Kantonspolizei eine DNA-Probe eines Angehörigen aus Grossbritannien. Sie kontaktiert deshalb fedpol. Noch am Samstagabend übernimmt fedpol die Koordination in diesem Fall und übermittelt die Anfrage den Kolleginnen und Kollegen in England.

Nur wenige Minuten später: An einem Grenzübergang hat das Grenzwachtkorps drei verdächtig erscheinende Personen angehalten. Tatsächlich ist einer der Männer von einem Nachbarland im → **Schengener Informationssystem** zur verdeckten Registrierung ausgeschrieben. Grund: Er teilt dschihadistische Inhalte auf Facebook und sympathisiert mit der Terrororganisation IS. Ziel der verdeckten Ausschreibung ist es, so viel wie möglich über ihn und seine Begleitpersonen in Erfahrung zu bringen. Um die laufenden Ermittlungen nicht zu gefährden, gilt dabei höchste Diskretion. Der Mann hat zudem ein Einreiseverbot von fedpol für die Schweiz. Dieses soll verhindern, dass der Mann von der Schweiz aus dschihadistische Propaganda verbreiten oder in der Schweiz Anschläge planen oder ausführen kann.

Eine Untersuchung des Fahrzeuges durch das Grenzwachtkorps ergibt verdächtige Spuren. Die zuständige Kantonspolizei beschliesst deshalb, die drei Männer polizeilich anzuhalten, anstatt sie direkt in das Land zurückzuschicken, aus dem sie ausreisen wollten. Ihre Mobiltelefone werden für die Datenauswertung in die IT-Forensik von fedpol gebracht. Bei den Spuren im Auto könnte es sich um Sprengstoffrückstände



Ohne Schengen ist die Polizei blind

Die Kooperation Schengen/ Dublin ermöglicht einen einfachen und schnellen Austausch von Fahndungsdaten. Obwohl nicht EU-Mitgliedstaat, hat auch die Schweiz ein Abkommen mit Schengen. Denn: Die Schweiz befindet sich mitten in Europa, und Kriminalität findet immer mehr grenzüberschreitend statt. Das Schengener Informationssystem (SIS) versorgt die Sicherheitsbehörden mit den aktuellsten Informationen über polizeilich gesuchte, vermisste oder mit einem Einreiseverbot belegte Personen sowie über gestohlene Sachen (z. B. Fahrzeuge oder Ausweise). Ausschreibungen können rasch europaweit verbreitet werden, und die Polizei, Grenzwachterinnen und -wächter sowie andere zugriffsberechtigte Behörden der Mitgliedstaaten und Europol können die gespeicherten Daten überall und jederzeit ohne Verzug online abfragen. Der Datenaustausch erfolgt über nationale Zentralstellen – in der Schweiz über fedpol. Jeden Tag fragt die Schweizer Polizei das SIS im Durchschnitt über 90'000 Mal nach Personen ab.

handeln. Der Fall gehört deshalb in Bundeskompetenz.
Der Pikett-Offizier informiert die Bundesanwaltschaft.

Sonntag,

ganzer Tag: Der Pikett-Offizier führt mehrere Telefonkonferenzen durch. Gemeinsam mit der zuständigen Bundesanwältin sowie Vertretern der zuständigen Kantonspolizei und von fedpol koordiniert er die angelaufenen Ermittlungen in diesem Fall: Befragung der Verdächtigen, Durchsuchung des Fahrzeuges, Auswertung der Mobiltelefone, Informationsbeschaffung im Nachbarstaat.

Montag,

8.30 Uhr: Eine anfänglich ruhige Dienstwoche hat ein turbulentes Ende gefunden. Am Übergaberapport fasst der Pikett-Offizier die vergangenen Tage zusammen und übergibt an den neuen Diensthabenden. Die Verdächtigen im Fall, der alle am Wochenende stark beschäftigt hat, sollen an diesem Montagvormittag befragt werden. Eine zweite Untersuchung des Fahrzeuges durch das Forensische Institut Zürich bestätigt unterdessen zwar das Resultat der ersten Spurensuche. Da der festgehaltene Mann jedoch aktiver Schütze ist, kann es sich bei den Spuren im Auto auch um Rückstände von Schiesspulver handeln. Die drei Personen können deshalb nicht weiter festgehalten werden. Die Kantonspolizei begleitet den Mann zurück zur Grenze und übergibt ihn den Behörden des Nachbarlandes. Seine beiden Begleiter werden freigelassen. Der Pikett-Offizier erwartet dazu letzte Informationen. Erst wenn diese da sind, ist sein Dienst wirklich zu Ende.

Auch zum Mann, der Mitte Woche gedroht hatte, eine Tat zu verüben, liegt eine aktuelle Meldung vor: Er konnte angehalten und angehört werden. Die zuständige kantonale Staatsanwaltschaft hat gegen ihn ein Strafverfahren wegen Drohung und versuchter Nötigung eröffnet.

Der Pikett-Offizier übergibt seinem Nachfolger die Dienstwagenschlüssel. Das Auto ist vollgetankt. Die Lage präsentiert sich wie eine Woche zuvor – ruhig. Doch das neue Pikett-Team steht bereit. Für alle Fälle, rund um die Uhr.

Die aufgeführten Beispiele sind real, die Woche hingegen ist fiktiv. Bei einzelnen Fällen werden aus ermittlungstaktischen Gründen keine Ortsangaben gemacht.







Gemeinsam auf Verbrecherjagd

Organisierte Kriminalität Kriminelle Banden aus Frankreich kommen immer wieder in die Schweiz, um Raubüberfälle zu verüben. Ihre Ziele? Waffenläden, Bijouterien oder auch Bankfilialen. Mit dem Projekt Armed Jewelry Robberies (AJR) stellt fedpol die Koordination zwischen den Kantonspolizeien und den französischen Behörden sicher. Die Täter können schliesslich verhaftet werden. Die Geschichte einer Kooperation.

Bijouterie-Einbruch an der Bahnhofstrasse in Zürich: Eine Polizistin sichert den Tatort. Ihr bietet sich ein Bild der Zerstörung.

Dezemberabend Ende 2016. In einem kleinen Dorf auf dem Land wird es langsam dunkel. Zwei Männer fahren mit einem Auto mehrmals an einer Bankfiliale vorbei. Sie wollen diese auskundschaften. An diesem Tag haben sie bereits andere Städte in der französischsprachigen Schweiz erkundet und weitere Ziele ins Auge gefasst: Bijouterien und sogar Waffenläden. Sie planen einen Coup. Doch auch fedpol steht bereit. Die Information stammt von der französischen Polizei: Kriminelle Banden aus Frankreich, die bereits grosse Raubüberfälle in der Schweiz begangen haben, planen einen weiteren Raubzug in unserem Land. Wo genau? Niemand weiss es. Mehrere Kantone kommen infrage.

Wie lässt sich herausfinden, wo die Verbrecher zuschlagen werden? Wie kann man sich einen Überblick über das ganze Land mit seinen 26 Kantonspolizeien verschaffen? Und vor allem:

Welche Polizei ist zuständig? Das im Januar 2014 lancierte Projekt Armed Jewelry Robberies (AJR) beantwortet diese Fragen. Zunächst in der Verantwortung der Kantonspolizei Neuenburg, übernimmt schliesslich fedpol die Leitung des Projekts. Es dient dazu, eine Strategie auszuarbeiten und die Einsätze angesichts der aktiven kriminellen Strukturen bei Raubüberfällen rasch zwischen Kantonen und Bund zu koordinieren.

Drei entscheidende Phasen

Bisher hat sich das Projekt AJR in der Praxis bewährt: Jährlich können in der Schweiz und im Ausland durchschnittlich 10 bis 15 Raubüberfälle aufgeklärt werden. Der Erfolg beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Koordination, Lageanalyse und operative Leitung. In einer ersten Phase tauscht fedpol die vorhandenen Informationen mit den ausländischen Partnern (Behörden im anderen Land, Interpol oder Europol) und den Partnern in den Kantonen aus. Damit ist die Koordination sichergestellt. Anschliessend

analysiert fedpol die Lage, um die Täter zu identifizieren und herauszufinden, welchen Netzwerken sie angehören. Im Laufe der Zeit hat fedpol eine exakte Methode zur Analyse der kriminellen Netzwerke und der Vorgehensweisen entwickelt, die hinter den Raubüberfällen in der Schweiz und in Europa stecken. Die konkreten Analysen zeigen erste Trends auf und ermöglichen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Einsatzstrategie für die Kantonspolizeien und fedpol.

Und schliesslich kann fedpol im Einverständnis mit der Bundesanwaltschaft rasch die ersten Ermittlungsmassnahmen (nach Art. 27 Abs. 2 der Schweizerischen Strafprozessordnung) einleiten und Einsätze vornehmen.

Den Verbrechern auf den Fersen

Dieses Vorgehen bewährt sich im Fall der kriminellen Bande aus Frankreich. Da kein Kanton eine Führungsrolle hat, lässt sich der Gerichtsstand nicht festlegen und somit kein Verfahren in einem bestimmten Kanton eröffnen. Deshalb übernimmt fedpol die Einsatzleitung in der Notfallplanung. Die Bundesanwaltschaft eröffnet auf Antrag von fedpol ein Verfahren und ordnet die notwendigen Zwangsmassnahmen an (Abhören von Telefonen, Observation, GPS usw.). Die Verbrecher treffen an einem Montagmorgen per Bahn ein und suchen ihre Komplizen auf, um auf Erkundungstour zu gehen. Die gesamte Logistik, die Transportmittel und die Übernachtungsmöglichkeiten wurden vorgängig von den Komplizen vorbereitet. fedpol aktiviert das Einsatzdispositiv und informiert die Kantone. Doch: Die französischen Verbrecher unternehmen nichts Konkretes. Sobald sie genug gesehen haben, kehren sie nach Frankreich zurück. Die französischen Behörden übernehmen die Observation.

Im Verlauf der nächsten Monate werden die Informationen konkreter. Die Bande könnte einen Banküberfall in der Schweiz geplant haben. Dieses Mal liegen präzisere Angaben zum potenziellen Ziel und zum

Kanton vor. Einmal mehr informieren die französischen Behörden fedpol. Danach übernimmt fedpol die Koordination mit dem betroffenen Kanton. Der Fall wird der zuständigen Kantonspolizei übergeben; sie kümmert sich um die operative Umsetzung des Dispositivs. fedpol hält die Verbindung mit Frankreich aufrecht und unterstützt die kantonalen Behörden, welche die Verbrecher ab ihrer Ankunft in der Schweiz beschatten. Auch an diesem Frühlingstag im Jahr 2017 gibt die Bande ihren Plan schliesslich auf und reist zurück nach Frankreich.

Für die Behörden aber war das Ganze nicht umsonst. Die von fedpol gesammelten Informationen reichen aus, um die Bande der Vortaten zu Raubüberfällen sowie anderer, bei ihrem Aufenthalt in der Schweiz begangener Straftaten zu überführen. Im September 2017 werden mehrere Bandenmitglieder in Frankreich verhaftet. Die Hausdurchsuchungen durch die französischen Behörden fördern Faustfeuerwaffen und Gewehre, Gummimasken, Handschuhe, Perücken und Uniformjacken für Polizisten zutage. Das Gerichtsverfahren findet in Frankreich statt.

Ein massgeschneidertes Projekt

Dank des Projekts AJR verfügt die Schweiz über wertvolles Wissen, das auch auf europäischer Ebene anerkannt wird: Im Januar 2017 organisiert die Schweiz zusammen mit Europol und Österreich die erste Konferenz zum Projekt DIAMOND. Inspiriert von AJR soll dieses Projekt die Koordination zwischen den Ländern Europas intensivieren und die Erkenntnisse und Lehren aus den Raubüberfällen krimineller Netzwerke in ganz Europa sowie in den Baltischen Staaten und den westlichen Schwarzmeerländern allen Beteiligten zur Verfügung stellen. Das Projekt AJR stärkt somit die Rolle der Schweiz im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die Schweiz – nur eine Insel im Herzen Europas? Ganz im Gegenteil.

Geldwäscherei Von einem Rekord zum nächsten: Die Verdachtsmeldungen zu Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung verdoppeln sich 2017 fast. Die Verdachtsmeldungen lösen komplexe Strafverfahren aus. Erst durch die fundierte Analyse der Verdachtsmeldungen der Finanzintermediäre kann Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung überhaupt verfolgt werden. Die Rolle der Meldestelle für Geldwäscherei soll gestärkt werden.

Die Anzahl Geldwäschereimeldungen explodiert

In Saudi-Arabien werden Anfang November 2017 elf Prinzen und zahlreiche Ex-Minister verhaftet. Der Vorwurf lautet: Korruption. Die Aktion, welche über das Königreich hinaus für Aufsehen sorgt, erreicht auch rasch die Schweiz. Zahlreiche Finanzinstitute wenden sich an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) bei fedpol. Die Vorfälle in Saudi-Arabien stehen exemplarisch für die Geldwäschereibekämpfung: Wenn sich im Ausland etwas bewegt, spürt das der Schweizer Bankenplatz und auch fedpol.

4684 Meldungen, davon 51 Meldungen zu Terrorismusfinanzierung, gehen 2017 bei fedpol ein. Im Jahr zuvor waren es noch 2909 Verdachtsmeldungen zu Geldwäscherei und 25 zu Terrorismusfinanzierung. Bei den gemeldeten Vorfällen belegt Korruption die Spitze. Die Finanzintermediäre sind verstärkt für die Risiken sensibilisiert und kontrollieren ihre Kundenbeziehungen regelmässig.

Von der ungetreuen Geschäftsführung ...

Das zeigt auch das Beispiel eines Finanzintermediärs, der bei einer internen Kontrolle auf kritische Medienberichte stösst. Ein europäisches Unternehmen, bei dem einer seiner Kunden über 15 Jahre eine geschäftsführende Position innehatte, wurde durch den Staat übernommen, um den Konkurs abzuwenden. Die Transaktionsanalyse der Bank zeigt auf, dass eine Gutschrift von über einer Million Euro auf das Konto einer Sitzgesellschaft überwiesen wurde. Da der Finanzintermediär nicht ausschliessen kann, dass die Zahlung aufgrund von potenzieller Misswirtschaft des ehemaligen Geschäftsleitungsmitgliedes zustande kam, meldet er den Fall fedpol zur weiteren Beurteilung.

Die Analyse von fedpol zeigt, dass der Kunde innerhalb kurzer Zeit Beträge in Millionenhöhe an die Ehepartnerin überwiesen hat. Diese Geldverschie-

bung lässt vermuten, dass die Gelder zur Verschleierung oder zur Entziehung vor einem möglichen behördlichen Zugriff transferiert worden sind. fedpol fragt bei der ausländischen Meldestelle für Geldwäscherei nach. Diese antwortet, dass in ihrem Land bereits ein Verfahren gegen diverse angefragte Personen wegen Vertrauensmissbrauchs im Geschäftsverkehr, Urkundenfälschung und Geldwäscherei geführt wird und eine Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden wünschenswert wäre. fedpol leitet diese Informationen in der Folge an die zuständige Strafverfolgungsbehörde in der Schweiz weiter.

... und vom Banker für die Mafia

Wie ausgeklügelt Personen vorgehen, um Gelder aus kriminellen Aktivitäten zu waschen, zeigt auch ein Urteil, das kurz vor Jahresende vom Bundesstrafgericht gefällt wird. Ein Banker hat jahrelang

Mitgliedern der kalabresischen Mafia 'Ndrangheta dabei geholfen, Gelder in der Schweiz und im Ausland zu verschieben. Unter anderem kauften die Mitglieder der 'Ndrangheta beim Bahnhof Chiasso eine Immobilie für 1,8 Millionen Franken.

Der frühere Bankangestellte und spätere Treuhänder hat für die Mafia-Mitglieder ein System mit zahlreichen Nummernkonti aufgebaut. Bei einem Nummernkonto wird - anders als bei einem normalen Bankkonto - anstelle des Namens des Inhabers eine Nummer oder ein Kennwort zugeteilt. Die Kontoinhaber wechselten ständig, um so die kriminelle Herkunft der Gelder zu verschleiern. Das Urteil bekräftigt auch die Analyse von fedpol, dass italienische Mafiaorganisationen ihre Gelder in der Schweiz im Finanz- und Immobilienbereich anlegen.

Mehr Stellen und neue Kompetenzen für MROS

Mit dem Anstieg der Verdachtsmeldungen zu Geldwäscherei steigen auch der Pendenzberg und die Arbeitslast bei fedpol. 2206 Meldungen leitet die Meldestelle 2017 an die Staatsanwaltschaften weiter. 1055 stellt MROS ein, 1423 sind noch pendent. Während 2013 ein MROS-Analyst bereits 169 Meldungen bearbeiten

musste, ist diese Zahl im Jahr 2017 auf 204 Meldungen gestiegen. Deshalb erhält fedpol 2017 für MROS zusätzliche Stellen.

Auch auf Gesetzesstufe soll die Meldestelle in einem wichtigen Punkt gezielt verstärkt werden: Künftig soll sie die Möglichkeit haben, bei Hinweisen einer ausländischen Meldestelle für Geldwäscherei auch ohne eine Meldung eines Schweizer Finanzintermediärs Abklärungen zu treffen. Im vergangenen Jahr erhält fedpol Anfragen zu 4119 involvierten Personen respektive Gesellschaften von ausländischen Meldestellen für Geldwäscherei. Rund 60 Prozent dieser Anfragen aus dem Ausland kann fedpol nicht weiterverfolgen, da eine Meldung in der Schweiz fehlt. Auch sollen Händlerinnen und Händler Meldungen bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung machen können. So sieht es der Entwurf des Bundesrats vor, der bis Ende Oktober 2017 in der Vernehmlassung war. Diese Anpassung wird von den Parteien und den Kantonen begrüsst. Die Bankenvertreter sehen die Änderung ebenfalls positiv, unter der Bedingung, dass die doppelte Strafbarkeit gegeben ist. 2018 geht es in die nächste Phase: Das Parlament wird nach der Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat über die Gesetzesänderungen befinden müssen.

#dontbeamule

Immer wieder fälschen Kriminelle Job-Angebote im Internet und ködern damit sogenannte Money Mules (Geldesel). Die Angebote klingen verlockend: Arbeit von zu Hause, hohes Gehalt, Flexibilität. Einzig das Privatkonto müsse man zur Verfügung stellen. Was viele nicht wissen: Sie werden eingesetzt, um Gelder zu waschen. Zum Teil werden Firmen dafür erfunden oder eigens gegründet. Es kommt aber auch vor, dass die Namen von bestehenden, seriösen Firmen missbraucht wird.

Wieviel die Money Mules tatsächlich von der kriminellen Absicht wissen, ist schwierig zu beurteilen. Nichtsdestotrotz gilt: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Jemand, der sein Konto für die Verschiebung von Geldern zur Verfügung stellt, kann für die Mithilfe zur Geldwäscherei strafrechtlich belangt werden. Werden Sie nicht zum Geldwäscher:

- Seriöse Arbeitgeber laden Sie in der Regel zu einem Vorstellungsgespräch ein.
- Seriöse Arbeitgeber verlangen nicht, dass Sie Ihr Privatkonto für den Zahlungsverkehr des Geschäfts zur Verfügung stellen.
- Falls Sie einen Firmennamen bereits kennen: Fragen Sie nach, ob das Job-Angebot wirklich besteht.

Was ist Geldwäscherei

Gelder, welche aus kriminellen Taten stammen, werden in den legalen Wirtschaftskreislauf gebracht mit dem Ziel, die Herkunft der Gelder zu verschleiern.

Was ist Terrorismusfinanzierung

Gelder, die nicht zwingend aus kriminellen Taten stammen, werden zur Finanzierung einer kriminellen Organisation eingesetzt mit dem Ziel, deren kriminellen Taten zu unterstützen.





Im Eingangsbereich des Empfangs- und Verfahrenszentrums in Muttenz reihen sich Container aneinander. In ihnen befinden sich Gästebetten und Schränke.

Kleider und Schuhe wurden gespendet. Bei Bedarf dürfen sich die Asylsuchenden bedienen.

Menschenschmuggel Dem Asylsuchenden Almi* bleibt nichts anderes übrig: Er muss Schleppern mehrere Tausend Euro bezahlen, um in die Schweiz zu gelangen. Bei dieser Form der Kriminalität arbeiten fedpol und das Staatssekretariat für Migration (SEM) zusammen, um die Schlepper und ihre Netzwerke ausfindig zu machen. Ein Bericht aus dem Bundesasylzentrum in Muttenz bei Basel.

Hoher Preis für ein neues Leben

Ein Morgen im Oktober. Die aufgehende Sonne taucht den kleinen Garten des Erstaufnahme-, Registrierungs- und Befragungszentrums für Asylsuchende in Muttenz, einige Kilometer von Basel entfernt, in sanftes Licht. Im Hof blühen die Sonnenblumen. Dieser grüne Fleck macht den Asylsuchenden den Alltag etwas erträglicher. Manche von ihnen sind am Vortag eingetroffen. Sie müssen sich gedulden, bis ihre Fingerabdrücke überprüft sind. Mehrere Familien befinden sich in einem Wartezimmer, ebenso einzelne Männer. Ein kleiner Junge rennt zu den anderen Kindern, sie spielen miteinander, machen ein Puzzle, bauen Türme aus Bauklötzen. Es ist ruhig. Die Menschen sind still – vor Sorgen, vielleicht. Viele dieser Männer, Frauen und Kinder sind

unfreiwillig in der Schweiz. Sie haben eine lange und schwierige Reise hinter sich und wissen nicht, was aus ihnen werden soll.

«Sie nehmen dir alles weg»

Im dritten Stock des Gebäudes herrscht eine ganz andere Atmosphäre. Almi ist keineswegs ruhig. Er schäumt vor Wut. Er will erzählen, was man ihm angetan hat. Man? Die Schlepper! «Ich musste mehrere Zehntausend Euro für meine Frau, meine Kinder und mich bezahlen. Ich musste mein Haus verkaufen. Wenn sie merken, dass du fliehen musst, nehmen sie dir

alles weg. Natürlich gibst du ihnen alles, was du hast, denn du willst ja fliehen», erzürnt er sich. Die zuständige Mitarbeiterin des SEM versucht, ihn zu beruhigen und die Befragung wieder aufzunehmen.

Normalerweise verwenden die Mitarbeitenden des SEM einen Fragenkatalog, um die Lage der Asylsuchenden einzuschätzen. Heute handelt es sich aber um ein spezielles Interview. Es beinhaltet ein knappes Dutzend neuer Fragen. Sie dienen dazu, die kriminellen Netzwerke hinter dem Menschenschmuggel ausfindig zu machen. Die Mitarbeiterin des SEM fährt mit der Befragung fort: «In welches Land wollten Sie zu Beginn Ihrer Reise einreisen?» – «In die Schweiz. Ich habe es dem Schlepper gesagt, und ich habe ihm alles



Geld gegeben, das ich hatte, um hierher zu kommen», antwortet Almi noch immer aufgebracht. «Was hatten Sie mit dem Schlepper abgesprochen?» – «Wenn Sie meinen Reiseweg anschauen, merken Sie, dass ich seinetwegen über ein Jahr unterwegs war», fährt Almi fort, bevor er darauf hinweist, dass er wertvolle Informationen über diesen Schlepper besitzt. «Wie hat er sich Ihnen gegenüber verhalten?» – «Als er unser Geld hatte, verschwand er auf Nimmerwiedersehen», antwortet Almi.

Wertvolle Informationen für Europol

Nach einigen Stunden endet die Befragung. Nach Almis wirrer Erzählung lässt sich seine Flucht wie folgt zusammenfassen: Er verlässt sein Land in Richtung Istanbul. Dort erhält er Flugtickets und Dokumente für seine Familie. Ein Bekannter bringt ihn mit einem Schlepper in Kontakt. Almi muss sein gesamtes Geld hergeben: über 25'000 Euro. Ein neues Leben in der Schweiz hat seinen Preis. Die Zahlung muss er über einen Verwandten abwickeln. Dieser überweist den Betrag auf das Konto eines Bekannten des Schleppers. Am Ende des ersten Teils der Reise – sie befinden sich in Serbien – muss sich die Familie trennen. Almi steckt dort mehrere Monate fest, seine Frau und seine Kinder hingegen können weiterreisen. Er selber braucht einen neuen Schlepper. Andere Migranten vermitteln. Dem neuen Schlepper muss er zusätzlich rund 3000 Euro bezahlen, damit ihn dieser in die Schweiz bringt.

Almi ist dermassen wütend auf die Schlepper, dass er alles preisgibt, was

er weiss. An diesem Tag in Muttenz führen schliesslich vier Interviews auf die Spur der Kriminellen – dank der Operation DRAGON (siehe Box).

Nicht alle Befragten sind so gesprächig wie Almi. Sarah* tritt aus dem Sitzungszimmer. Sie hat ihre kleine Tochter auf dem Arm. Das Mädchen ist während des Gesprächs eingeschlafen. Beide sind aus der Türkei in die Schweiz gekommen. In der Türkei haben sie Tickets und Reisedokumente erhalten. Sarah wollte nach Köln. Wie aber ist sie in der Schweiz gelandet? Wie haben sich die Schlepper ihr gegenüber verhalten? Die Fragen bleiben unbeantwortet. Schliesslich erklärt Sarah, dass ihr Onkel ihre Reise bezahlt hat und dass sie Kontakt mit vier Schleppern hatte, vor denen sie Angst hatte. Danach schweigt sie wieder und begibt sich zurück in den unteren Stock, wo in verschiedenen Räumen reges Leben herrscht. Ein Raum dient als Spielzimmer für die Kinder. Die Mädchen scharen sich um ein Puppenhaus. In einem anderen Raum findet ein Deutschkurs statt. Jugendliche schreiben einen Text von der Tafel ab. Sie lächeln sich an. Ein Lächeln, ein kleiner Augenblick der Leichtigkeit.

Der Alltag der Asylsuchenden belebt das Zentrum. Aline* kümmert sich um die Bewohnerinnen und Bewohner. Früher war sie Teamleiterin bei Securitas, heute arbeitet sie beim SEM und kennt das Zentrum in- und auswendig. Sie weiss auch, wie schwierig es für diese Männer, Frauen und Kinder ist, so zu leben – ohne zu wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Als ruhender Pol



Im Spielzimmer, zwischen mehreren Töggeli-Kasten, einem Fernseher und Sofas, können sich die Asylsuchenden untereinander austauschen.

Europol und die Operation DRAGON

Vom 9. bis 13. Oktober 2017 führt Europol die Operation DRAGON durch. Im Kampf gegen Menschenmuggler- und Menschenhändlernetze führen 19 europäische Länder – darunter auch die Schweiz – verschiedene gemeinsame und koordinierte Aktionen durch. Im Vordergrund steht der länderübergreifende Informationsaustausch.

Die Migrationskrise in der Europäischen Union (EU) hat auf den Routen aus Nord-

afrika und dem Nahen Osten nach Europa einen blühenden Menschenmuggel und -handel hervorgebracht. Proaktiv rekrutieren Kriminelle zukünftige Kunden der Schlepper. In Zentren mit einer grossen Anzahl verletzlicher Personen wie Frauen und minderjähriger Kinder suchen sie nach leichter Beute für den Menschenhandel.

Die Operation DRAGON soll die Mitarbeitenden auch in diesen Zentren darin schulen, verdächtige Situationen zu erkennen. fedpol und das SEM beteiligen sich

darin – unterstützt durch das Grenzschutzkorps und die kantonalen Polizeibehörden.

Die Mitarbeitenden des SEM erhalten eine Liste mit spezifischen Fragen für die Erstbefragungen. Die Fragen beziehen sich auf die Anwesenheit von Schleppern während der Reise. Im Laufe der Aktionswoche beantworten insgesamt 23 Asylsuchende diese Fragen. In vier Fällen liegt für fedpol und das SEM eindeutig ein Verdacht von Menschenmuggel vor.



des Zentrums erklärt sie allen die «schweizerischen» Regeln des Zusammenlebens. Diese gelten für alle. Doch das ist nicht immer einfach, denn im Zentrum prallen verschiedene Kulturen aufeinander. In Muttenz sind bis zu 500 Personen untergebracht – 500 potenzielle Schlepperopfer.

So kann man Schlepper erkennen

Die Schweiz ist Ziel- und Transitland für Menschenmuggler und Menschenhändler. Gelegen im Herzen Europas, ist sie konfrontiert mit der aktuellen Migrations-situation und den damit verbundenen Verbrechen. Die Zusammenarbeit mit den

europäischen Ländern ist deshalb essenziell, ansonsten wäre die Schweiz das schwächste Glied in der europäischen Kette.

fedpol und das SEM führen gemeinsam ein Pilotprojekt durch, das sämtliche Akteure sensibilisieren soll, die mit Menschenmuggel und/oder Menschenhandel in Berührung kommen (Sicherheitsfachleute, Mitarbeitende des SEM, Kantonspolizistinnen und -polizisten, Strafverfolgungsbehörden, Juristinnen und Juristen, in der Logistik tätige Personen). So besuchen beispielsweise die Mitarbeitenden des SEM und die Sicherheitsfachleute

Kurse, um verdächtige Situationen besser zu erkennen. Das Projekt richtet sich auch an Asylsuchende, die Schleppern zum Opfer gefallen sind. Ihnen wird noch vor der Erstbefragung ein Film gezeigt, der sie für das Thema sensibilisiert. Dieses gemeinsame Projekt erlaubt dem SEM und fedpol, die Vorgehensweise der kriminellen Netzwerke genauer zu erkennen. Ihre Erkenntnisse werden Europol oder Interpol weitergeleitet.

Thomas*, Leiter des Securitas-Teams im Zentrum Muttenz, brieft seine Mitarbeitenden zu verdächtigen Situationen. «Wir beobachten sehr genau, was sich vor dem Zentrum abspielt. Manchmal kommen Familien in Begleitung einer Person an. Diese Person erklärt, sie sei zufällig auf die Familie gestossen, die sich in der Nähe des Bahnhofs verirrt habe. Das kann verdächtig sein. Möglicherweise handelt es sich bei der betreffenden Person um einen Schlepper, der die Menschen direkt zum Zentrum führt», erklärt er. Eine einfache Identitätskontrolle ermögliche es, die Angaben dieser Person zu überprüfen.

Valentine*, Mitarbeiterin des SEM im Bereich Erstbefragungen, findet es manchmal schwierig, bei bestimmten Fragen zu insistieren. «Ich bin keine Polizistin. Unsere Rolle besteht nicht darin, Ermittlungen gegen Schlepper zu führen. Aber es stimmt schon – mit einer einzigen Frage können wir auf etwas stossen, das bis anhin keine Beachtung fand.»

Häufig lässt sich nicht überprüfen, ob die Erzählungen der Asylsuchenden wirklich wahr sind, oder ob es sich um Aussagen handelt, welche die Schlepper ihren Opfern eingetrichtert haben. Bei Almi stimmt alles, was er sagt. Die Informationen, die er im Interview detailliert auf den Tisch legt, werden von fedpol und anschliessend von Europol überprüft. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

*Alle Namen geändert

Menschenhandel Wer Anzeichen von Menschenhandel erkennt, kann Leben retten. Deshalb ist das Vorgehen des medizinischen Fachpersonals entscheidend. fedpol sensibilisiert dieses für die Thematik und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Professor Aristomenis Exadaktylos, Direktor und Chefarzt Universitäres Notfallzentrum Bern, über die tägliche Begegnung mit Opfern, und was das Gesundheitspersonal tun kann.

Subtile Zeichen der Not



Prof. Dr. med. Aristomenis Exadaktylos leitet das Universitäre Notfallzentrum des Inselspitals Bern.

fedpol: Aristomenis Exadaktylos, wie erkennt man Opfer von Menschenhandel?

Aristomenis Exadaktylos: Das ist sehr schwierig. Frauen, die beispielsweise zur Prostitution gezwungen werden, kommen nicht unbedingt mit geplatzter Lippe oder einem blauen Auge in den Notfall. Sie werden oft bewusst nicht ins Gesicht geschlagen, denn das wäre schlecht fürs

Geschäft. Die Zeichen ihrer Not sind häufig viel subtiler. Vielleicht kommen sie wegen einer Harnwegsinfektion oder leiden an einer Alkoholvergiftung, und erst bei der detaillierten Untersuchung entdecken wir dann blaue Flecken am Bauch oder im Rückenbereich. Solche Zeichen können indirekt darauf hindeuten, dass die Person in irgendeiner Art und Weise missbraucht und ausgebeutet wird. Ein Phänomen, das übrigens nicht nur im Sex-, sondern auch im Bau-, Hotel- oder Gastgewerbe zu beobachten ist. Die Opfer werden aber nicht nur körperlich, sondern auch emotional ausgebeutet und verletzt. Dies zu erkennen, ist eine noch anspruchsvollere Aufgabe. Es gibt nicht den klassischen Fall. Am Ende ist es die Summe aller Zeichen, die auf ein Opfer von Menschenhandel schliessen lässt – zum Beispiel ausländische, verletzte

Personen, die die Armut in ihrer Heimat in die Verzweiflung getrieben hat. Sie ziehen es vor, geschunden und ausgebeutet zu werden, als mittellos dazustehen. Die «Ausbeuter» sind meistens an einer medizinischen Versorgung ihrer Opfer interessiert, damit sie sie weiter ausbeuten können. Dabei suchen sie gezielt grosse Spitäler oder anonyme Walk-In-Praxen auf, weil sie hier weniger Gefahr laufen, aufzufallen oder lästige Fragen beantworten zu müssen.

Was kann das Gesundheitspersonal tun?

Subtile Zeichen richtig interpretieren zu können, setzt viel Erfahrung und auch Zivilcourage voraus. Nicht alle Gesundheitsfachpersonen sind solchen Situationen jederzeit gewachsen, aber alle sind bemüht, auch zwischen den Zeilen zu lesen. Sie haben ein ungutes Gefühl, die Geschichte erscheint nicht stimmig, vielleicht wird die Patientin – es sind überwiegend Frauen – von ihrem

Kampagne sensibilisiert Gesundheitspersonal

Wie kann medizinisches Fachpersonal ein Opfer von Menschenhandel erkennen? Welche Massnahmen kann es ergreifen? Die fedpol-Kampagne soll Gesundheitsfachpersonen für die Thematik Menschenhandel sensibilisieren und ihnen Handlungsmög-

lichkeiten aufzeigen. Realisiert werden ein Informationsflyer, eine in mehrere Sprachen übersetzte Pocket Card mit Adressen von Opferhilfestellen sowie ein Kurzfilm. Auf der Website von fedpol findet das interessierte Fachpersonal zudem weitere Informationen. www.fedpol.admin.ch



Wird sie sich der Ärztin anvertrauen? Ein Kurzfilm sensibilisiert das medizinische Fachpersonal für solche und ähnliche Situationen.

«Freund» begleitet, der durch passiv-aggressives Verhalten auffällt. Wenn die Patientin nicht Deutsch spricht, ziehen wir den telefonischen Dolmetscherdienst bei. Wir stellen viele Fragen und versuchen, so viel wie möglich herauszufinden. Doch will sich ein Opfer nicht weiter helfen lassen, können wir es nicht gegen seinen Willen im Spital behalten. Das ist eine verpasste Chance. Wer nicht im Filter Spital oder Notfall hängenbleibt, bleibt nirgendwo hängen und kehrt zurück in seine ausweglose Situation.

Genau hier setzt die Sensibilisierungskampagne von fedpol an.

Die Kampagne will Awareness schaffen. Das Gesundheitspersonal soll subtile Zeichen von Opfern von Menschenhandel nicht nur richtig lesen, sondern sich

auch nachhaltig unterstützend verhalten können. Ein Kurzfilm soll zeigen: Es gibt Möglichkeiten, auch wenn sich jemand im Moment nicht weiterhelfen lassen will. Für das Personal bedeutet das: Zeit gewinnen, Vertrauen gewinnen – und Informationen in die Hand drücken. Die Patientin erhält eine Pocket Card mit Adressen und kann zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob sie sich bei einer Anlaufstelle melden will. Die medizinische Fachperson signalisiert ihr, dass sie sie aus ihrer Situation herausholen kann. Sie erhält eine Perspektive, die verdeutlichen soll: «Mir ist klar, dass du im Moment nichts tun kannst. Nimm für später diese Information mit.» Gesundheitsfachpersonen fühlen sich sicherer, wenn sie wissen, was sie tun können.

Opfer von Menschenhandel in Notfallzentren – ein neues Phänomen?

Es handelt sich bisher nicht um ein Massenphänomen. Im Universitären Notfallzentrum in Bern zählen wir rund 20 bis 30 Behandlungen pro Jahr – Tendenz eher zunehmend. In Zentren wie Genf oder Zürich sind es vermutlich deutlich mehr. Aber die Dunkelziffer bleibt gross, und das Thema wird noch zu häufig verdrängt. Doch es existiert, und wie eine seltene Krankheit sollte man es nicht ignorieren. Die Opfer haben es verdient, dass man sich ihrer annimmt. Wenn wir es schaffen, auch nur eine Person aus ihrer Gewaltspirale herauszuholen, sind wir erfolgreich.





Schweizerpass Rund viereinhalb Millionen Schweizerpässe sind im Umlauf. Die meisten Besitzer betrachten ihren als gewöhnliches Ausweisdokument. Doch er ist viel mehr als das: Gespickt mit Technologie und Sicherheitsvorkehrungen steht der Schweizerpass zu einem simplen Ausweis wie das Smartphone zum Telefon. Wir laden Sie ein auf einen kleinen Marketing-Rundgang zu diesem Top-Produkt aus dem Hause fedpol.

Smarter Pass

In jeder Passagierschlange am Flughafen fällt er auf, und das zu Recht. Sein sattes Rot überstrahlt die übrigen Pässe. Kein anderer Pass weltweit ist umhüllt vom sogenannten Flaggenrot, es ist einmalig wie die Schweizer Flagge selbst. Ihr Pass, Ihre Schweiz.

Das geprägte weisse Schweizerkreuz und die erhabenen Kreuze, die sich um ihn schwingen, komplettieren das unverkennbare Design des Schweizerpasses. Sein Material ist ideal, um taktile Elemente einzuprägen. Sie sehen ihn nicht nur, Sie fühlen ihn sogar. Dank seinem Einband aus Kunststoffverbund liegt der Schweizerpass angenehm in der Hand.

Die Datenseite aus Polycarbonat ist resistent, biegsam, formstabil und wasserfest. Damit Ihr Abbild stets eine gute Figur macht. Die Kantonswahrzeichen auf den Papierseiten aus Baumwoll-Holz-Gemisch sind ein Blickfang und verleiten zum Durchblättern. Vierzig Seiten bieten Ihnen extra viel Platz für die Stempel-sammlung. Der Schweizerpass spricht all Ihre Sinne an.

Masse, technische Anforderungen und Sicherheitsstandards von Reise-pässen sind durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) normiert. Der Anspruch von fedpol ist, die gesetzten Anforderungen fortwährend zu übertreffen und im internationalen Vergleich neue Massstäbe zu setzen. Damit schafft es der Schweizerpass, den Ansprü-chen an Gefälligkeit, Technologie und Sicherheit gleichzeitig gerecht zu werden.



Der Schweizerpass ist mehr als ein gefälliges Büchlein. Er ist Ihr persönlicher Begleiter, der Ihnen mithilfe modernster Technik die Türen zur Welt öffnet. Das Zauberwort heisst Mikrochip. Bis auf ein weisses Zeichen sind er und seine Antenne quasi unsichtbar im Passdeckel eingebettet. Ihre Perso-nendaten sind darauf sicher gespei-chert und können bei Bedarf für ein Lesegerät erkennbar gemacht werden. Verschlüsselt, versteht sich.

Sie kennen Wasserzeichen, Sicherheitsfaden und UV-Fasern bereits von den Schweizer Banknoten? Ja, diese lassen Fälscher auch am Schweizerpass scheitern. Zuletzt kann der Mikrochip nicht unbemerkt verändert werden. Sie sehen: Ihre Daten sind kaum zu fälschen und zuverlässig vor Missbrauch geschützt.

Den Schweizerpass zu kopieren ist wegen besonderen sichtbaren und unsichtbaren Sicherheitsmerkmalen, wie zum Beispiel den verwendeten Sicherheitsfarben, nahezu unmöglich. Hinzu kommen taktile Elemente, Kinegramm, Perforation. Oder einfach gesagt: Der Schweizerpass ist gelasert, geschichtet, gelocht. So wird jeder Imitationsversuch zu einem schwierigen Unterfangen.

Ihr Pass ist ein Abbild Ihrer Identität. Oberstes Ziel ist es, Ihre Einzigartigkeit zu schützen, indem fedpol Passfälschern immer einen Schritt voraus ist. Es ist eine Kunst, die richtige Kombination von Sicherheitsmerkmalen zu finden, die schnell und einfach erkennbar, aber trotzdem schwierig nachzuahmen sind. Diese Kunst beherrscht der Schweizerpass zweifellos.



Wer was sieht, ist durch bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und anderen Staaten limitiert. Ihre Fingerabdrücke können einzig die Länder einsehen, die einen der Schweiz ebenbürtigen Datenschutz nachweisen und sich an die entsprechenden EU-Normen halten. Das sind nur EU-Länder. Und diese sind vertraglich dazu verpflichtet, nichts zu speichern. Damit Ihre Daten Ihnen allein gehören. Sind das wirklich Sie auf Ihrem Pass? Im Zweifel hilft eine Gegenprüfung. Ihre gespeicherten biometrischen Daten identifizieren Sie zweifelsfrei. Fingerabdrücken und farbigem Passfoto sei Dank.

Keine Sorge bei Passverlust; auch hier hilft die fortschrittliche Technologie: Sollte Ihr Pass in falsche Hände gelangen, kommen diese nicht weit. Nach einer Verlustanzeige wird er im Fahndungssystem RIPOL und bei Interpol ausgeschrieben. Identitätsdiebstahl hat beim Schweizerpass keine Chance.

Swiss Made

Schweiz steht nicht nur drauf, Schweiz steckt auch drin. Der Schweizerpass ist ein Schweizer Produkt. Seine Farbe, sein Papier und weitere Substrate stammen von Schweizer Lieferanten, zusammengesetzt wird er in der Stadt Bern. Bereits vor der Fertigung wird der Schweizerpass auf Herz und Nieren geprüft. Wohin Sie auch gehen, Ihr Pass trotz hoher Luftfeuchtigkeit genauso wie direkter Sonneneinstrahlung und bleibt stets funktionstüchtig. Qualität, Wertschöpfung und Versorgungssicherheit – drei Vorteile von Made in Switzerland.

Under construction

Jährlich liefert der Bund im Durchschnitt 500'000 Schweizerpässe aus. Damit Sie auch in Zukunft die Grenzen zu über 150 Ländern frei überschreiten können, hält fedpol ihn für Sie up to date. In den kommenden Jahren werden Design und Sicherheitsmerkmale erneuert. Ein kleiner Ausblick: Zum ersten Mal überhaupt wird der Auslandschweiz neben den Kantonen eine eigene Seite gewidmet sein. Für mehr Weitblick, denn: die Schweiz ist keine Insel.

Staatsbesuch aus China Insgesamt vier Tage weilt der chinesische Präsident Xi Jinping mit einer grossen Delegation Anfang Jahr in der Schweiz. Das Sicherheitsaufgebot ist massiv. Verantwortlich für die Sicherheit in diesem bisher grössten Projekt der Eidgenossenschaft für einen Staatsbesuch: fedpol.

Höchste Gefährdungsstufe für Xi Jinping

Als das Flugzeug der Air China an diesem Januarmittag in Zürich-Kloten landet, beginnt, was während Wochen minutiös vorbereitet und in stundenlangen Sitzungen mit unzähligen Mitbeteiligten oft bis tief in die Nacht vorbereitet und verhandelt worden ist: ein hochkomplexes, auf die Minute genau berechnetes Sicherheitsdispositiv.

Für Xi Jinping gilt die höchste Gefährdungsstufe. Nach dem offiziellen Staatsbesuch in Bern will der chinesische Präsident das Weltwirtschaftsforum WEF in Davos besuchen, anschliessend das Internationale Olympische Komitee in Lausanne sowie die UNO und die WHO in Genf. Alle Verschiebungen und Übernachtungen stellen für die Sicherheitsbehörden eine grosse Herausforderung dar.

fedpol koordiniert

Im Mittelpunkt aller Sicherheitsvorkehrungen steht fedpol. Die Vorbereitungszeit ist knapp, der Auftrag vielschichtig

und die Jahreszeit ungünstig. Ausserdem haben die Kantone ein Grossaufgebot an Polizistinnen und Polizisten ans WEF geschickt. fedpol koordiniert, klärt die Schnittstellen mit den kantonalen Polizeikorps, spricht sich ab mit den chinesischen Botschaftern in Bern und Genf sowie dem Militärattaché und erstellt einen detaillierten Gesamtablauf. Hunderte Personen sind in diesen Staatsbesuch involviert.

Wie aber begleitet man einen chinesischen Präsidenten, seine Gattin, 20 Minister und eine rund 500-köpfige Entourage sicher durch den Schweizer Winter? Ein Sonderzug der SBB mit gepanzerten Wagen und begleitet von einem Grossaufgebot an Sicherheitskräften sowohl an Bord als auch auf der Strasse und in der Luft bringt die Gäste auf einer geheim gehaltenen Route als erstes nach Bern. Ein Teil der chinesischen Delegation reist in einem separaten Autokonvoi ebenfalls mit Polizeibegleitung an. Ist der Einsteigebahnhof genügend

abgeschirmt? Sieht das Protokoll für die First Lady ein separates Programm vor? Sind beide Seiten im Besitz der Personendaten aller Teilnehmenden? Sorgfalt hat bei allen Massnahmen oberste Priorität.

In Bern ist das Zentrum abgeriegelt: Barrikaden rund um den Bundesplatz, überall Vorposten, Polizisten auf den umliegenden Dächern und Helikopter in der Luft. Die Kantonspolizei Bern ist im Grosseinsatz. Im Bundeshaus nimmt der Gesamtbundesrat vor laufenden Kameras das chinesische Staatsoberhaupt in Empfang. Im benachbarten Hotel Bellevue – gebucht ausschliesslich für den Besuch aus China – findet anschliessend das Staatsdinner statt. Jede Person kontrolliert, jeder Gegenstand durchleuchtet, jeder Raum durchsucht.

Plan B bereit

Am nächsten Tag geht es weiter nach Davos. Umsteigen in Chur auf eine Komposition der Rhätischen Bahn. Gleichzeitig ist ein

Notkonvoi mit leeren Fahrzeugen auf der Strasse unterwegs. Denn man weiss nie. Plan B ist exakt definiert, und man ist vorbereitet auf alle Eventualitäten. Es ist eisig kalt, kurzfristig müssen Weichen aufgetaut werden. Doch alles klappt. Rechtzeitig eröffnen der chinesische Präsident und Bundespräsidentin Doris Leuthard das 47. Weltwirtschaftsforum.

Nach dem Besuch des WEF reist Xi Jinping weiter in die Westschweiz. Erst Lausanne, dann Genf. Die Calvin-Stadt gleicht einer befestigten Burg. Jede Verschiebung auf der Strasse ist akribisch vorbereitet. Auch hier: jeder Fahrer, jedes Fahrzeug, jedes Mitglied einer Ehrenkompanie – vorgängig gecheckt. Vor Ort sind die zuständigen kantonalen Polizeikorps im Einsatz.

Know-how, Flexibilität und Diplomatie

Abends, wenn sich die chinesischen Gäste zur Nachtruhe in ihre Hotelzimmer zurückgezogen haben, finden die Debriefings statt. Man bespricht den Ablauf des kommenden

Tages. Es ist eine rollende Planung, die immer wieder angepasst werden muss. Unablässig beobachtet fedpol die Lage und beurteilt sie falls nötig neu. Im Fokus steht die Sicherheit, nicht die Politik. Dennoch gilt auch für die Sicherheitszuständigen von fedpol, die chinesisch-schweizerische Freundschaft nicht unnötig zu strapazieren. Dafür überwinden sie kulturelle Unterschiede und sprachliche Herausforderungen. Unabdingbar zudem für den Erfolg des Projektes: viel Know-how, Erfahrung, Koordinationsstärke, Diplomatie, Flexibilität, verhandlungstaktisches Geschick und Durchsetzungsvermögen.

Vier Tage später. Die Maschine der Air China steht am Flughafen Genf-Cointrin für den Abflug bereit. Mit einem festen Händedruck bedankt sich Xi Jinping beim Chef Koordination Sicherheit von fedpol. Präsident und Entourage sicher und ohne Zwischenfall durch die Schweiz begleitet – Auftrag erfüllt.

Zwischen Politik und Sicherheit

Der Staatsbesuch von Xi Jinping löst in der Schweiz auch Kontroversen aus. Menschenrechtsverfechter verurteilen insbesondere die Politik Chinas gegenüber Tibet. Unvergessen der Eklat vor 18 Jahren, als demonstrierende Tibet-Anhänger den damaligen Präsidenten Jian Zemin in Rage und den Bundesrat in Verlegenheit brachten. Demonstrierende Exiltibeterinnen und -tibeter müssen an diesem Tag in Bern aus Sicherheitsgründen eine Sicherheitsdistanz zum Bundeshaus einhalten. Das wird von vielen kritisiert. Missbilligt werden auch die hohen Kosten des Staatsbesuchs. fedpol, beauftragt mit der Sicherheit von völkerrechtlich geschützten Personen wie z. B. Staatsoberhäupter bei offiziellen, inoffiziellen und auch privaten Besuchen in der Schweiz, befindet sich immer wieder im Spannungsfeld dieser Diskussionen – im Spannungsfeld zwischen Politik und Sicherheit.





**bekämpft die
Schwerstkriminalität
und ermittelt hierzu
in Strafverfahren
des Bundes**



**schützt Personen
und Gebäude in
der Verantwortung
des Bundes**



fedpol im Zentrum der schweizerischen Polizeiarbeit



steuert die nationale und internationale Polizeikooperation

In der Schweiz sind in erster Linie die Kantone für die öffentliche Sicherheit zuständig. In der globalisierten Welt kennt die Kriminalität aber keine Grenzen. Die Kriminalität wird immer komplexer, betrifft oft mehrere Kantone und weist regelmässig Bezüge zum Ausland auf.

Vor diesem Hintergrund spielt fedpol als Polizei des Bundes eine zentrale Rolle. fedpol koordiniert, analysiert, ermittelt in komplexen Fällen von Schwerstkriminalität und stellt Infrastruktur zur Verfügung. fedpol befindet sich somit im Zentrum der schweizerischen Polizeiarbeit und ist Verbindungsglied zum Ausland.



entwickelt und betreibt nationale Informationssysteme und Kompetenzzentren



Unsere Werte:

1

VORBILDlich –
WIR GEHEN MIT GUTEM
BEISPIEL VORAN.

2

ENGAGIERT –
LEIDENSCHAFT UND HERZBLUT
PRÄGEN UNSERE ARBEIT.

3

GEMEINSAM –
WIR NUTZEN UNSERE VIELFALT
ALS CHANCE.

4

VERLÄSSLICH –
AUF UNS KANN MAN ZÄHLEN.

5

DYNAMISCH –
WIR FINDEN LÖSUNGEN.

6

EIGENVERANTWORTLICH –
WIR TREFFEN DIE RICHTIGEN ENTSCHEIDE
AUF DER RICHTIGEN STUFE.

fedpol in Zahlen:

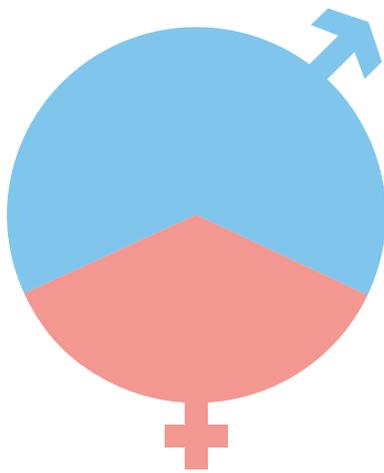
Budget

245

Millionen

Mitarbeitende

928



Anzahl Frauen: 337 (36,3 %)

Anzahl Männer: 591 (63,7 %)



Sprachverteilung in %:

Deutsch 71,7

Französisch 19,6

Italienisch 8,4

Rätoromanisch 0,3

Konzept

Bundesamt für Polizei fedpol

Redaktion

Bundesamt für Polizei fedpol

Gestaltungskonzept

2. stock süd netthoevel & gaberthüel, Biel

Illustrationen

Christoph Frei, Bern

Fotos

S. 4: Keystone/AP/Peter Dejong; Keystone/AP/Dmitri Lovetsky

S. 5: Keystone/AP/Majdi Mohammed und Fotolia/Vencaa, Fotomontage; Keystone/Peter Klaunzer

S. 7: Fotolia/Tatiana Murr

S. 15: Keystone/AP Photo/Peter Dejong

S. 19: Keystone/TASS/Anton Vaganov; Keystone/AP/Danny Lawson; Keystone/EPA/Andy Rain

S. 28: Keystone/Gaëtan Bally

S. 30/31: Fotolia/MITstudio

S. 35: fedpol

S. 36: fedpol

S. 38: Inselspital

S. 39: Michael Philipp, luxs

S. 42: Christoph Grünig, Biel

S. 44: Keystone/Laurent Gillieron

Schrift

Adelle (Veronika Burian/José Scaglione)

Druck

Stämpfli AG, Bern und Zürich

Papier

Fischer Papier: Lessebo 1.3 Rough White (100gm²/300 gm²)

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen

CH-3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 403.500 d (2500 Ex.)

Copyright

fedpol 2018

Weitergehende Informationen

www.fedpol.admin.ch

